Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223. Dienstag, den 23. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Früheres Sterben.

Schluß mit der Sozialpolitik! Für die Arbeiter ist genug geschehen! Einschränkung des Koalitionsrechts! Auf solche Forderungen sind die Auseinandersetzungen sozialpolitischer Natur in den Organen der Unternehmer und sonstigen Arbeitergegner abgestimmt.

Wenn man die Klagen über hohe Löhne, ausschweifende Sozialpolitik auf der einen, Sorge und Not auf der Seite der Unternehmer und Agrarier liest, sollte man glauben, für die Arbeiter sei in Wirklichkeit so ausreichend gesorgt, daß sie Anlaß hätten, zufrieden zu sein. Daß den bisherigen Schutzmaßnahmen auch eine veränderte Arbeitsmethode gegenübersteht, die jene Maßnahmen in ihren Wirkungen stark beeinflußt, und die Verteuerung der Lebenshaltung die Lohnsteigerungen ausgleicht, das wird nicht berücksichtigt.

Erfreute sich die Arbeiterschaft tatsächlich des ihr zugesprochenen Schutzes für Gesundheit und Leben, sowie der so oft pomphaft verkündeten Verbesserung ihrer Lebensführung, dann müßten die wohltätigen Wirkungen auch in einer Lebensverlängerung zum Ausdruck kommen. Das umso mehr, als zweifellos die öffentliche und private Hygiene Fortschritte gemacht hat, die Krankenfürsorge besser und umfangreicher geworden ist. In Wirklichkeit ist aber der Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung kleiner geworden. Diese Tatsache wird durch die Ergebnisse der Berufsstatistik offenbar. Sie fordert die Beachtung heraus; sie enthält eine dringliche Mahnung, den scharfmacherischen, antisozialen Bestrebungen energisch entgegen zu treten. Andernfalls erwachsen dem Volkswohl, der Volksgesundheit unberechenbare Schäden. Was nützen die Millionen in der Krankenfürsorge, was allerlei sonstige gesundheitliche mit großen Kosten verbundene Maßnahmen, wenn ungezügelter Raubbau an der Arbeiterschaft die Arbeiter früher invalide macht, früher ins Grab schaufelt?

Sehen wir zu, was die amtliche Statistik enthält. Von 100 der Gesamtbevölkerung gehörten zu der nebenstehenden Altersgruppe:

	1882		1895		1907	
Unter 14 Jahre	—	44,8	32,6	44,8	32,7	44,4
14 bis 20 „	—		12,2		11,7	
20 bis 50 „	39,4		39,7		40,6	
über 50 „	**15,8**		15,5		**15.—**	

Der Anteil der Kinder — bis 14 Jahre alt — hat um ein geringes zugenommen. Die Verminderung der Säuglingssterblichkeit würde den Anteil noch mehr verstärkt haben, wenn er nicht durch den Rückgang der Geburten ausgeglichen worden wäre. Anscheinend ist die Sterblichkeit in den Altersgruppen von 14 bis 20 Jahren etwas größer geworden. Zugenommen hat der Anteil der 20- bis 50jährigen an der Gesamtbevölkerung. In den höheren Altersstufen dagegen zeigt sich ein Rückgang, der besonders für die Zeit nach 1895 stark hervortritt. Es werden demnach weniger Menschen als früher über 50 Jahre alt.

Das kann nicht anders als durch eine Verschlechterung der Lebenshaltung, oder durch aufreibendere Berufsarbeit, oder durch beide Ursachen zusammen erklärt werden.

Die herausgestellte Erscheinung zeigt sich in noch schärferer Ausprägung, wenn man nur die Erwerbstätigen berücksichtigt. Das rechtfertigt die Annahme, daß man es bei dem früheren Sterben lediglich mit einer „Proletarierkrankheit“ zu tun hat. Greift man die männlichen Erwerbstätigen heraus, dann ergeben sich diese Resultate: Von 100 der männlichen Erwerbstätigen standen im Alter:

	1895	1907
von unter 14 Jahren . . .	0,8	1,0
„ „ 20 „ . . .	17,7	17,4
„ 20 bis 30 „ . . .	26,1	26,6
„ 30 „ 40 „ . . .	20,9	22,2
„ 40 „ 50 „ . . .	15,8	16,4
„ 50 Jahren und mehr .	19,5	17,4

Hier ist der Rückgang des Alters der älteren Leute erheblich größer als bei der Gesamtbevölkerung. Da bleibt kaum noch ein Zweifel übrig, daß in der Erwerbstätigkeit die Ursache des früheren Sterbens zu suchen ist.

Noch verwüstender wirkt augenscheinlich die Erwerbstätigkeit beim weiblichen Geschlechte. Dieses verzeichnet sogar schon für die Altersgruppe von 40 bis 50 Jahren, die bei den männlichen Erwerbstätigen noch eine kleine Zunahme aufweist, eine wenn auch nur geringe Abschwächung ihres Anteils an der Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen. Die folgende Zusammenstellung läßt das erkennen, sie zeigt weiter, in welcher Weise der Anteil der noch älteren Jahrgänge zurückgegangen ist. Von je 100 der Erwerbstätigen standen im Alter von

	männliche 1895		männliche 1907		weibliche 1895		weibliche 1907	
bis 40 Jahren .	63,2		64,8		66,9		70,3	
40 bis 50 Jahre .	16,6	36,8	17,3	35,2	12,3	33,1	12,2	29,7
50 Jahre u. mehr .	20,2		17,9		20,8		17,5	

Der Unterschied in dieser und der obigen Zusammenstellung, bei der Angabe des männlichen Anteils der letzten Altersgruppe, erklärt sich daraus, daß hier nur die hauptberuflich Erwerbstätigen, in der ersten Übersicht jedoch alle Erwerbstätigen berücksichtigt worden sind.

Während die männlichen Erwerbstätigen mit den Altersgruppen bis 40 Jahre nur eine kleine Steigerung aufweisen, sind diese bei den Arbeiterinnen ziemlich erheblich stärker geworden. Bei den Männern weist auch die nächste Altersstufe noch eine kleine Zunahme auf, bei den Frauen jedoch schon eine Abschwächung. Die letzte Gruppe zeigt dann für beide Geschlechter eine Abnahme, die für die Arbeiterinnen größer ist als die für die Arbeiter. Der Anteil der über 40 Jahre alten männlichen Arbeiter sank von 36,8 auf 35,2 pro 100 ihrer Gesamtzahl, bei den Arbeiterinnen ergibt sich ein Rückgang dieser Gruppe von 33,1 auf **29,7**. Die Zahlen geben zu denken.

Die Ergebnisse rücken die aus den Berichten der Gewerbeinspektion bekannt gewordene Verminderung des Durchschnittsalters der Fabrikarbeiter in eine neue Beleuchtung. Sie lassen erkennen, daß die Verminderung wenigstens zum Teil auch auf ein frühzeitiges Sterben zurückzuführen ist. Wenn die Großindustrie sich der schnell verbrauchten Kräfte alsbald wieder entledigt, dann ist damit doch deren Lebensfaden verkürzt. Ihr schnelles Abschieben läßt nur nicht den fürchterlichen Raubbau an der Arbeitskraft, die zwingende Notwendigkeit eines besseren Arbeiterschutzes klar und deutlich erkennen.

Was für die Großindustrie im besonderen, gilt allgemein für die gesamte Arbeiterschaft, besonders aber auch für die Arbeiterinnen. Mit ihrer frühzeitigen Vernichtung, mit der Untergrabung ihrer Gesundheit wird auch ihre Gebärfähigkeit herabgemindert, wird der Nachwuchs schon im Mutterleibe verwüstet.

Mit Hilfe des Polizeiknüppels wollen Reaktionäre die Geburtenziffer erhöhen. Wichtiger und richtiger ist es, durch schärferen Schutz für die Arbeiterinnen ihrem Vernichten, dem Zerstören ihrer Leibesfrucht Einhalt zu tun.

Der gesetzliche Achtstundentag, Verbot der Beschäftigung der weiblichen Arbeitskraft in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, ausreichender Schwangerenschutz, eine gründliche Verbesserung der Gewerbeaufsicht, das sind unerläßliche Forderungen. Zu diesen gehört auch noch die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug einer Altersrente. Was nützt die Rente, die erst nach — dem Tode fällig wird! Mehr, gründlicher Arbeiterschutz!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichskanzler und Landwirtschaftsminister gegen die Fleischeinfuhr.

Der Karlsruher Stadtrat ist neuerdings beim Ministerium des Innern vorstellig geworden mit der Bitte, beim Reichskanzler die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Einfuhr von lebenden Schlachtrindern aus Holland zu erwirken. Als Antwort auf die Eingabe teilt das Ministerium ein Schreiben des Reichskanzlers mit, in dem die Stadtgemeinde unter Bezug auf die ablehnende Stellungnahme des preußischen Landwirtschaftsministers auf die Einfuhr von Rindfleisch aus Rußland und den Niederlanden hingewiesen wird. In dem beigefügten Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministeriums ist ausgeführt, daß das Ministerium nach den Erfahrungen, die im letzten Winter mit der holländischen Rindvieheinfuhr gemacht worden seien, nicht in der Lage sei, dem Antrag auf Wiederzulassung der Einfuhr die Genehmigung zu erteilen, weil die Einschleppung der Seuchen befürchtet werden müsse, ferner, weil die Vieheinfuhr aus Holland zu einer Herabsetzung der Preise im Inland voraussichtlich nicht führen werde, und überdies die Frage der weiteren Entwicklung nicht so ungünstig zu beurteilen sei, wie dies von der Karlsruher Stadtgemeinde geschehe. Der Karlsruher Stadtrat hat beschlossen, den Vorstand des Deutschen Städtetages um weitere Schritte zur Wiederermöglichung der Einfuhr lebenden holländischen Viehs zu ersuchen.

Diese Kapitulation der preußischen Regierung und des Reichskanzlers vor den Agrariern ist um so charakteristischer, als die preußische Regierung in einer offiziösen Notiz über Teuerungszulagen für die Beamten ausdrücklich zugesteht, daß die Teuerung nicht nachgelassen habe. Es heißt in jener von der „Neuen politischen Korrespondenz“ veröffentlichten Notiz: „Auch läßt sich der Nachweis gar nicht erbringen, daß die Teuerung nachgelassen habe“. Freilich ist auch dieses Eingeständnis für die preußische Regierung nicht Anlaß nun etwa Teuerungszulagen zu bewilligen, im Gegenteil: Teuerungszulagen erscheinen ihr als vorweg genommene Gehaltszulagen und Gehaltszulagen könnten gegenwärtig an die Beamten nicht gezahlt werden. Trotzdem aber sind sich Reichskanzler und preußischer Landwirtschaftsminister darin einig, daß im Interesse der Agrarier jede Erleichterung der Fleischzufuhr und damit jede Möglichkeit, eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, verhindert werden müsse. Es wird Zeit, daß sich das Volk wieder regt, will es nicht Gefahr laufen, den Hungerriemen künftig noch enger schnallen zu müssen.

Eine neue kapitalistische Interessengemeinschaft.

Der „Erste deutsche Bauschutztag“, auf dem fast alle Bauschutzverbände vertreten waren und der angeblich den Zweck hat, das Baugewerbe vor unsoliden Elementen zu schützen, wurde in Leipzig abgehalten. Den Höhepunkt erreichte die Tagung in der Annahme eines Antrags zur Gründung einer Zentralstelle, welche die den deutschen Bauschutzverbänden gemeinsamen Interessen fördern soll. Als Sitz der Zentrale wurde Berlin bestimmt.

Der Schuß im Offizierskasino.

Vor einigen Tagen fiel bekanntlich im Landwehr-Offizierkasino zu Berlin ein Revolverschuß. Der Professor und Kammerherr Maaß hatte sich auf diese Weise für Ohrfeigen, die ihm ein kammerherrlicher Kollege, ein Herr v. Westernhagen, appliziert hatte, Genugtuung verschafft. Man wird nicht leugnen können, daß das Verfahren ebenso einfach wie „standesgemäß“ gewesen ist. Es heißt, Professor Maaß sei in der Notwehr gewesen, habe im Affekt geglaubt, sich nicht anders gegen den auf ihn eindringenden hünenhaften Kammerherrn v. Westernhagen wehren zu können. Das mag sein; immerhin macht der so geschäftige Eifer, womit in bürgerlichen Zeitungen das abgekürzte Verfahren der Revolverschießerei verteidigt wird, die Sache verdächtig.

Aber etwas anderes haben wir bereits vernommen. Nämlich eine eindringliche Mahnung: Der Revolverschuß mahnt alle die, die sich so oder anders, auf legalem oder krummem Wege, mit dem Verschleiß von Orden und Ehrenzeichen, Titeln und Würden befassen, zur Vorsicht; denn was leicht und freudig begann, kann — wie Figura zeigt — tragisch enden.

Daß Titel und Würden für Geld und gute Worte zu haben sind, wußte man längst, aber es war bisher nicht bekannt, daß derartige Geschäfte auch auf Abzahlung abgeschlossen würden. Jetzt hört man jedoch, daß die Zwischenhändler des fürstlich lippeschen Hofes in dieser Beziehung mit sich reden lassen. Sie vermittelten auch Titel auf Pump, und das ist den beiden fürstlich lippischen Kammerherren zum Verhängnis geworden. Denn wäre hier Zug gegen Zug erfolgt, wäre mit der Verleihung des Titels auch das Geld dafür eingestrichen worden: Kammerherr v. Westernhagen lebte noch.

Die Hofverwaltung des Monarchen in Detmold, des regierenden Herrn über 22 Quadratmeilen, hat keine glückliche Hand. Schon vor Jahren, kurz nachdem dieser Fürst mit Hilfe des Reichsgerichts sein Thrönchen erklommen hatte, machte ein in Berlin betriebener Handel mit fürstlich lippischen Titeln von sich reden. Der Handel war eingeleitet, damit der Theaterbaufonds in Detmold besser bespeist werde. Als die Sache publik wurde, hieß es: Stop! Aber das fürstlich lippische Hoftheater brannte ab, und nun scheint gewissen Stellen die Erleuchtuug gekommen zu sein, daß sich bei vorsichtiger Handhabung des Apparats wohl doch noch etwas aus der Vergebung von Titeln und Würden für den Theaterneubau herausschlagen lasse. Warum auch nicht! Kritiker unseres Schlages sind ja in diesem Punkte beinahe abgebrüht — das Titel- und Ordenswesen kann schlechterdings nicht mehr im Kurse sinken; es ist genügend diskreditiert.

Aber die Weise, wie der Schacher geübt worden ist, scheint doch manchen bürgerlichen Aestheten Unbehagen zu bereiten. Titel und Würden im baren Handel mit dem Hintergrunde angeblicher Förderung des „allgemeinen Wohls“ durch Zuwendungen an Krüppelheime, Krankenhäuser und zur Not auch an einen gemeinnützigen Theaterbaufonds — ja, das läßt man sich gefallen. Aber Titel und Würden gegen Schuldschein, faule Hypotheken und bloße „Ehrenwörter“ — pfui Teufel auch, das übersteigt sogar die Fassungsmöglichkeiten. Da bleibt also nur der dringende Rat an alle Hofverwaltungen, speziell an die fürstlich lippische übrig, es sich zu einem heiligen Grundsatze zu machen: Nur

sobald das Geld im Kasten klingt,
die Würde an den Liebhaber springt!

Vielleicht empfiehlt sich auch die Ausgabe besonderer Preislisten mit festen, nicht handelbaren Sätzen und dem

Vordruck: Nur gegen Barzahlung! Kredit — gleichviel in welcher Form — wird nicht gewährt! So weicht man allen verhängnisvollen Endspielen so weit wie möglich am besten aus.

Der preußische Landwirtschaftsminister als Sammelpolitiker.

Der Block der Reaktion hat in dem preußischen Landwirtschaftsminister einen begeisterten Wortführer gefunden. In Essen wurde am Sonntag, dem 21. September, die Provinzialausstellung des wirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen eröffnet. Der Landwirtschaftsminister war zu der Eröffnungsfeier erschienen und hielt dabei eine für die jetzige Strömung in der preußischen Regierung charakteristische Rede. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Provinzialausstellung und die damit verbundenen Versammlungen „dem gegenseitigen Verstehen der beiden hervorragenden Erwerbsstände Deutschlands förderlich sein und zu einer gegenseitigen Würdigung ihrer hohen wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung beitragen möge". Wörtlich führte er dann zur Begründung seiner Sammelwünsche weiter aus:

„Namens der preußischen landwirtschaftlichen Verwaltung kann ich versichern, daß dieser Wunsch auch der unsrige ist. Ich würde es tief bedauern und als einen unverantwortlichen, nicht wieder gut zu machenden politischen Fehler ansehen, wenn in der gegenwärtigen Zeit, wo die Erhaltung von Eigentum und Besitz die staatliche Autorität ebenso wie des Hausherrn und Arbeitgebers in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft in Frage gestellt wird, örtliche Reibungen und der gewiß berechtigte Widerstreit von Einzelinteressen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk verleiten könnten, ihre großen gemeinschaftlichen Ziele im wirtschaftlichen Kampf außer acht zu lassen und sich in dem Augenblick zu trennen, wo nur geschlossenes Zusammengehen gegen den gemeinschaftlichen Feind ihre Existenz und auch die unseres Vaterlandes für die Zukunft sichern kann."

Der Sammelruf zum Zusammenschluß der Agrarier und der im Zentralverband der Industriellen vereinigten Schwerindustrie findet also bei der preußischen Regierung Unterstützung. Das war vorauszusehen. Indessen dürfte dieser Sammelpolitik auf die Dauer so wenig Erfolg beschieden sein, wie seinerzeit dem Sammelruf Miquels, der sich einbildete, Agrarier und Großindustrie zusammenschweißen zu können. Die bevorstehenden zollpolitischen Kämpfe werden vielleicht schon in nächster Zeit alle schönen Sammelillusionen in die Brüche gehen lassen.

Fortschrittliche Oeffentlichkeitsfurcht.

Am Sonnabend und Sonntag hielt die Fortschrittliche Volkspartei in Magdeburg einen Parteitag für die Provinz Sachsen ab. Die Veranstaltungen des Sonnabends beschränkten sich auf eine öffentliche politische Festversammlung, in welcher u. a. Reichstagsabgeordneter Weinhausen die Stellung der fortschrittlichen Reichstagsfraktion zu verschiedenen Fragen, wie der Wehr- und Deckungsvorlage usw., darlegte und Rektor Kopsch allerlei Betrachtungen über innerpolitische Verhältnisse anstellte und in phrasenreichem Überschwang die fortschrittliche Volkspartei glorifizierte. Der Inhalt der Reden interessiert hier im übrigen nicht weiter.

Der Sonntag war den Verhandlungen der Delegiertenversammlung vorbehalten. Auf besondere Einladung hin waren drei Vertreter der bürgerlichen Presse Magdeburgs erschienen und einem sozialdemokratischen Berichterstatter war auf Anfrage vom Vorsitzenden des Provinzialverbandes, Stadtrat Wolff (Magdeburg) im Einverständnis mit seinem Vorstandskollegen, Rechtsanwalt Herzfeld (Halle) ebenfalls die Anwesenheit gestattet worden.

Als eben die Begrüßungsansprache verklungen war, nahm der Chefredakteur der fortschrittlichen „Nordhäuser Zeitung", Bebelung (Nordhausen), das Wort, um gegen die unbeschränkte Zulassung der Presse zu polemisieren; er beantragte, drei Punkte der Tagesordnung, nämlich gerade die Punkte, die ein öffentliches Interesse beanspruchen, in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln. Es handelte sich dabei um die Berichterstattung der Bezirksverbände, über die Vorgänge im Bezirk mit besonderer Berücksichtigung des Provinzialabkommens mit der Nationalliberalen Partei gelegentlich der letzten Landtagswahl, um die Organisation und Agitation in der Provinz und schließlich um die Frage: „Ist ein Zusammenschluß der fortschrittlichen Mitglieder kommunaler Körperschaften für die Provinz notwendig?"

Nach kurzer Debatte, in der aber nicht etwa gegen den Antrag Bebelung polemisiert wurde, ließ der Vorsitzende über die Frage abstimmen, ob überhaupt geheim verhandelt werden solle. Die Frage wurde mit erdrückender Mehrheit, wenn nicht einstimmig bejaht! Darauf verließen die vier Pressevertreter den Saal. Die bürgerlichen Berichterstatter waren besonders erbost darüber, daß sie hinausgewiesen wurden, obwohl sie ausdrücklich eingeladen worden waren.

Mit besonderem Ruhme hat sich der Antragsteller bedeckt, als er selbst Angehöriger der Presse ist und trotzdem den Ausschluß der Presse beantragte.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß der blamable Beschluß in der Hauptsache auf die Furcht zurückzuführen ist, allerlei erbauliche Dinge, die sich bei dem Landtagswahl-Kuhhandel mit den Nationalliberalen abspielten, könnten der Öffentlichkeit bekannt werden. Von besonderem Vertrauen in die Stärke der eigenen Position zeugt das nicht gerade.

Preußische Polizeiaktion gegen sozialdemokratische Ausländer.

Die „Mecklenburgische Landeszeitung" wollte aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der preußische Staatsminister des Innern generell verboten habe, daß sozialdemokratische Ausländer künftighin in Preußen in Versammlungen sprechen. Die „Deutsche Tageszeitung" hat sich erkundigt, ob diese Meldung stimmt und sie teilt mit, daß ein förmliches Verbot zwar nicht ergangen sei, wohl aber sei man schon seit geraumer Zeit entschlossen, das rednerische Auftreten von Ausländern in sozialdemokratischen Versammlungen zu verhindern und die fremdländischen Redner gegebenenfalls auszuweisen.

Was die Polizei mit dieser Taktik erreicht, konnte sie erst kürzlich im Falle des Redeverbots gegen die beiden belgischen Genossen sehen, die verhindert wurden, in Berlin über den belgischen Generalstreik zu sprechen. Die Versammlung hat doch stattgefunden und die Ausführungen der belgischen Genossen wurden genau so umfangreich vorgetragen, als das die „fremdländischen Redner" selbst hätten tun können. Will die preußische Polizei ihre Taktik, die dem Auslande gegenüber ein blamables Armutszeugnis darstellt, beibehalten, so würde eben in Zukunft genau so verfahren werden wie in Berlin. Die Polizeibureaukratie soll sich nicht einbilden, daß sie durch ihre Verbote den internationalen Gedankenaustausch verhindern könne.

Balkan.

Ein Aufstand der Albaner. Die Albanische Korrespondenz meldet: Die Grausamkeiten, die die Serben in den ihnen von der Londoner Botschafter-Reunion zugestandenen Gebieten gegen die albanesische Bevölkerung namentlich in den Vilajets Kossovo und Djakowa verübten, haben zu einem Aufstand der Albanesen gegen die Serben geführt. Seit längerer Zeit finden zwischen albanischen Banden und serbischen Truppen blutige Kämpfe statt. Da serbische Abteilungen einige an den Kämpfen bisher völlig unbeteiligte Dörfer niederbrannten, gewinnt der Aufstand immer mehr Ausdehnung. — Auch im autonomen Albanien im Gebiete des Dem ist die Erregung gegen die Serben aufs höchste gestiegen. Infolge der Sperrung der Straßen nach den Märkten Djakova und Prizrend seitens der Serben herrscht im ganzen nordöstlichen Teile der Malissia Hungersnot.

Der Friede von Konstantinopel. Ueber den Inhalt des Friedensvertrages wird am 21. September aus Konstantinopel berichtet: Der türkisch-bulgarische Friedensvertrag beginnt mit den Worten: „Beide Souveräne, in dem Wunsche, auf fester, dauernder Unterlage Frieden herzustellen" usw. In der Einleitung wird nicht, wie im Londoner Vertrage, von ewiger Freundschaft gesprochen. Artikel 1 setzt die bereits bekannten Grenzen fest. Artikel 2 erörtert die Nationalitätenfrage. Den Bewohnern der den Bulgaren verbleibenden Gebiete wird eine Frist von vier Jahren gewährt, nach deren Ablauf sie entweder auswandern oder die bulgarische Nationalität annehmen können. Während dieser vier Jahre sollen die Muselmanen nicht zum Militärdienst herangezogen werden. Artikel 3 behandelt die Rechte der Muselmanen und ihrer Gemeinden. Die Muselmanen sollen dieselben politischen Rechte genießen wie die christlichen Bulgaren. Nach Artikel 4 werden die Wakufgüter von den muselmanischen Gemeinden verwaltet werden. In Artikel 5 wird der allgemeine Waffenstillstand festgestellt. Nach Artikel 6 wird die Räumung der den Bulgaren verbleibenden Gebiete binnen zwei Monaten stattfinden. Artikel 7 enthält Bestimmungen über den Austausch der Gefangenen. Ein anderer Artikel spricht aus, daß der Friede von London in Kraft bleibt, soweit er nicht durch den gegenwärtigen Vertrag abgeändert erscheint.

Der Vertrag tritt vom Datum der Unterzeichnung an in Kraft. Die Forderung der Bulgaren, einen besonderen Artikel über die Errichtung und Instandhaltung von Denkmälern auf den Schlachtfeldern in den Vertrag aufzunehmen, wurde fallen gelassen. Dem Vertrag sind mehrere Zusatzprotokolle angefügt, in denen die einzelnen Artikel erläutert oder Angelegenheiten zweiten Ranges geregelt werden. Ein Protokoll betrifft die Bezahlung für Requisitionen durch Bulgarien während der Okkupation.

Die technischen Berater der türkisch-bulgarischen Delegierten arbeiteten einen ganzen Tag an der Prüfung der weniger wichtigen Fragen und an der endgültigen Redaktion des Textes des Vertrages, um die betreffenden Artikel festlegen zu können. Diese Artikel betreffen die Anerkennung der erworbenen Rechte von Privatpersonen, wie zum Beispiel bestehende Bergwerkskonzessionen. Hinsichtlich der Kriegsgefangenen wurde endgültig vereinbart, daß die Pforte Bulgarien nur den gezahlten Sold zurückerstatte. Die Bezahlung der Verpflegungskosten wird dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Die bulgarischen Delegierten sind geneigt, die Auffassung der Türkei anzuerkennen, daß nach der letzten Haager Konvention die Kriegführenden verpflichtet sind, die Kriegsgefangenen zu verpflegen. In einem Zusatzantrag wird bestimmt werden, daß Bulgarien die Vertragsbestimmungen, betreffend die muselmanischen Gemeinden und Schulen, nicht durch ein späteres Gesetz abändern dürfe.

Amerika.

Neuer politischer Mord in Mexiko. Nach einem Telegramm aus Washington melden mexikanische Konstitutionalisten, Oberst Francisco Cardenas, der angebliche Mörder Maderos, sei in der Nähe von Mechoacan ermordet worden, wohin er sich begeben wollte, um das Kommando der Bundestruppen zu übernehmen. Cardenas soll ermordet worden sein, weil man befürchtet habe, er könne die Befehle verraten, die er in der Nacht erhalten hatte, da Madero getötet worden ist. Cardenas befehligte damals die Truppen, welche Madero aus dem Palast in das Gefängnis überführten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 23. September.

Die Berichterstattung vom Parteitag in Jena wird in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins erfolgen, die wegen der Vortragskurse des Bezirksbildungsausschusses bereits am Mittwoch, dem 1. Oktober, im Gewerkschaftshause abgehalten werden soll. Wir machen die Genossinnen und Genossen schon jetzt darauf aufmerksam.

Herbstanfang. Am 23. September, um 4 Uhr 53 Minuten nachmittags, tritt die Sonne aus dem Kalenderzeichen der „Jungfrau" in das der „Wage". Da nun die Sonne am 23. September senkrecht über dem Erdäquator steht, sind auf der ganzen Erde Tag und Nacht gleich lang, es ist Aequinoktium, und der Herbst nimmt auf der Nordhalbkugel, der Frühling auf der Südhalbkugel seinen Anfang. Die Gleichheit von Tag und Nacht veranlaßte die Alten, demjenigen Tierkreisbilde, in dem die Sonne um diese Zeit stand, den Namen „Wage" beizulegen, die Griechen nannten es nämlich Zygos, die Römer Libra. Das war nun vor rund 2000 Jahren der Fall; seitdem sind die Tierkreisbilder durch die Wirkung der allgemeinen Präzession, des Vorrückens der Nachtgleichenpunkte um jährlich 50."2564 (1900) von Ost nach West, schon um eine ganze Bildbreite weiter gegen damals zurückgewichen (ihr ganzer Umlauf beträgt 26 000 Jahre). Darum finden wir heute die Sonne am Herbstäquinoktium nicht mehr in der „Wage", sondern in der „Jungfrau", und die Kalenderzeichen entsprechen längst nicht mehr den Zodiakalbildern, deren Namen sie tragen.

Der neue Stadtkassenverwalter. Der Senat hat den Ersten Rechnungsrevisor Anton Ernst Bruns zum Stadtkassenverwalter ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Oktober 1913 festgesetzt.

Müssen Offiziere Hundesteuer zahlen? In Lübeck hatten sie es bisher nicht nötig, während jedem gering entlohnten Arbeiter, der sich einen Hund hielt, an dem er seine Freude hatte, unbarmherzig die Hundesteuer abgeknöpft wurde. In kurzer Zeit wird die Bürgerschaft sich wieder mit der Hundesteuer zu beschäftigen haben, da deren Erhöhung vom Senat beantragt wird. Bei der Gelegenheit wird sicherlich auch die Hundesteuerfreiheit der Militärpersonen zur Erörterung gelangen. Wenn der Senat dafür eintreten wird, Offiziere und andere Angehörige des Militärs von der Steuer frei zu lassen, wird man auf eine interessante Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts hinweisen können, die bezüglich der Frage: „Müssen Offiziere Hundesteuer zahlen? gefällt worden ist. Es handelt sich dabei um einen Rechtsstreit zwischen dem Kapitän zur See Menger und dem Kreisausschuß des Kreises Eckernförde. Der Kapitän wollte von der Kreis-Hundesteuer für drei Hunde befreit sein. Er machte in seiner Freistellungsklage gegen den Kreisausschuß geltend, daß Militärpersonen des aktiven Dienststandes überhaupt nicht zur Hundesteuer herangezogen werden könnten. Vor dem Erlaß des preußischen Kommunal-Abgabengesetzes, das allerdings die Hundesteuer, gleich dem Kreis- und Provinzial-Abgabengesetz von 1906, als indirekte Steuer bezeichne, sei in Preußen die Hundesteuer als direkte Steuer behandelt worden. Von allen direkten Kommunalabgaben, wozu auch die Kreis-Kommunalabgaben gehörten, seien aber die Militärs u. a. nach der Verordnung vom 23. September 1867 befreit. Dieser Zustand sei nun hinsichtlich der Militärpersonen durch die Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1868 Reichsrecht geworden. Der Zustand könne nicht durch die Landesgesetzgebung beseitigt werden, indem sie die Hundesteuer für eine indirekte Steuer erkläre. Der Bezirksausschuß zu Schleswig wies aber die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz hielt die Entscheidung aufrecht und führte aus: Das Urteil des Bezirksausschusses sei im Ergebnis zutreffend. Es könne dahin gestellt bleiben, ob es richtig sei, daß die Hundesteuer vor dem Kommunal-Abgabengesetz als direkte behandelt worden sei. Die Kabinettsorder vom 11. Juni 1822, die durch die Verordnung von 1867 auf die neuen Landesteile ausgedehnt worden sei, finde auf die Hundesteuer überhaupt keine Anwendung. Schon ihr Wortlaut weise darauf hin. Klar ergebe es sich aber aus der Kabinettsorder (Gesetz) von 1829, wodurch den Gemeinden in Preußen das Recht zur Erhebung der Hundesteuer erstmalig verliehen worden sei. Dort seien unter den persönlichen Befreiungen nur die der auswärtigen Gesandten und der ausländischen Konsuln genannt. Der Kreis der befreiten Personen hinsichtlich der Hundesteuer sei dadurch begrenzt worden. Militärpersonen befänden sich darunter nicht. Also habe schon vor dem Kommunal-Abgabengesetz keine Befreiung der Militärpersonen von der Hundesteuer bestanden. Die auch erwähnte Bundesratsverordnung von 1868 habe nun aber kein neues Recht geschaffen, sondern nur das preußische Recht auf das Gebiet des Norddeutschen Bundes ausgedehnt. Somit sei durch die Bundesratsverordnung von 1868 kein Reichsrecht entstanden, das die Militärs von der Hundesteuer befreie. Die Landesgesetzgebung, die darauf folgte, habe also die Hundesteuer als indirekte Steuer behandeln können. Von einer Befreiung der aktiven Militärs von der Hundesteuer könne darum keine Rede sein. Der Kapitän sei mit Recht mit seinem Anspruch abgewiesen worden.

b. **Schöffengericht** am 23. September. Rabattmarkenschacher. Drei Schulknaben nehmen ihren Müttern Rabattmarken weg und brachten sie einer 64jährigen Frau, die ihnen dafür Geld gab. Doch soll die Vergütung nicht immer der Anzahl Marken entsprochen haben, wenigstens behauptet dies der kleinste Knirps, der seiner Mutter am meisten wegrapste und etwa dreißigmal sich im Tauschhandel übte. Die Jungens kauften sich dafür längst ersehnte Herrlichkeiten — der Kleine erfreute auch einmal seine Mutter mit einer Zitrone, die sein Verräter wurde! — und die Frau, die aus Gutmütigkeit gehandelt haben will, kam deshalb wegen Hehlerei vor Gericht. Mit dem bloßen Schreck kommt sie davon. Mangels Beweises wird sie freigesprochen, während 10 Tage Gefängnis beantragt waren. — Vom Erben und vom Fischen. Der Schlachtergeselle G. packte einem Kameraden, der sich einen neuen Anzug gekauft hatte, die alte Kluft zusammen, damit dieser getrost nach Dortmund reisen konnte. Beim Auspacken fehlte dem Freunde das Portemonnaie mit 22 Mark Inhalt. In den Verdacht kam G., weil er mit Geld prahlte, Bier ausgab und dem einen erzählte, er habe 50 Pfg. „geerbt", einem andern gegenüber machte er die Anspielung, er wolle sehen, ob etwas zu „fischen" sei. Der Angeklagte, der sich eines weichen Herzens rühmt, das zu einer solchen Tat nicht fähig sei, wird zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Mit fremdem Hut auf Reisen ging eine Wirtschafterin vom „Süden". Sie lieh sich den Reihergeschmückten von der Friseuse, die vergeblich auf das Wiederbringen wartete. Urteil 2 Wochen Gefängnis. — Sie sind wohl verrückt geworden! redete der Expedient A. einen Schutzmann an, der ihn wegen Singens auf der Straße zur Rede stellte. Wegen Uebertretung und Beleidigung wird A. zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. — Einen Montagszug unternahmen der Schneidergeselle Sch., der Friseurgehilfe K. und der Krämer G. Sie kamen abends auch in die Clemenstwiete, wo sie in ihrer angeheiterten Stimmung Nachtgesänge anstimmten. Im Nu hatte der Schutzmann die Herren am Kragen. Bei der Feststellung der Personalien soll Sch. den Gesetzeswächter mit dem Stock über die Finger geschlagen und vor den Bauch gestoßen haben. Sch. bekam, wie er angibt, einen so kräftigen Stoß von dem Schutzmann, daß er hinflog. Beim Liegen gabs noch einen Tritt extra. Den Stoß leugnet der Schutzmann auch nicht, er sei notwendig gewesen, weil er noch weitere Schläge gewärtig sein mußte. (Der Schutzmann ist ein Riese gegenüber dem Angeklagten.) Der Staatsanwaltschaftsvertreter beantragte für jeden 10 Mark Geldstrafe, dagegen müßte wegen der Körperverletzung des Beamten eine scharfe Strafe ausgesprochen werden; er beantragte 3 Monate. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis, im übrigen auf je 10 Mark. Mildernd kam die Betrunkenheit des Angeklagten in Betracht, erschwerend für Sch. einige kleine Vorstrafen.

Zu dem Unfall, der sich — wie gemeldet — gestern vormittag an der Ecke der Hüxstraße und Königstraße ereignete, ist noch mitzuteilen, daß die Frau, die unter die Pferde geriet, leider nicht so glimpflich davongekommen ist, wie es zuerst schien. Sie hat einen Bruch zweier Rippen erlitten.

Nationale Schweineseuche. Das Medizinalamt macht bekannt: Unter dem Schweinebestande des Maurers Rath in Dissau ist „Rotlauf" amtlich festgestellt worden.

Handelsregister. Am 22. Septbr. 1913 ist eingetragen bei der Firma Königsbrücker Emaillierwerk Gebrüder Reuter in Königsbrück (Sachsen), Zweigniederlassung in Trems unter der Firma: Königsbrücker Emaillierwerk Gebrüder Reuter Filiale Trems (Lübeck); Die Zweigniederlassung ist geändert in Königsbrücker Emaillierwerk Gebrüder Reuter Filiale Trems.

„Eines" Hansa-Theater, Lübeck. Die Direktion ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Auf vielfache Zuschriften sei mitgeteilt, daß die Vorführungen von Holdens Marionetten-Theater, welche allabendlich eine verblüffende Wirkung auslösen, nicht auf einer optischen Täuschung beruhen, sondern wirkliche, allerdings in künstlerischer Vollendung ausgeführte Figuren sind, die mit meisterhafter Technik und Fingerfertigkeit durch Fäden dirigiert werden. Diese einzig dastehende Sehenswürdigkeit bleibt mit den andern Variété-Attraktionen nur mehr bis Donnestag, den 25. September auf dem Repertoir.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Oldesloe. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonnabend nicht weit von hier auf der Hamburger Chaussee. Ein mit fünf Herren besetztes Automobil fuhr infolge Versagens der Steuerung gegen einen Baum, so daß sich das Fahrzeug überschlug. Hierbei wurde ein Herr Witter aus Berlin gegen den Baum geschleudert und starb auf der Stelle. Oberleutnant zur See Graf Luckner, Leutnant zur See Bieber und der Chauffeur kamen mit geringen Verletzungen davon, während der Besitzer des Autos, Herr v. Bülow, einen doppelten Schulterbruch davontrug. Er sowie der verstorbene W. wurden nach Lübeck gebracht.

Segeberg. Großfeuer. In Wahlstedt brannte die Tödtsche Zementfabrik nebst Schweinestall nieder. 14 Schweine kamen in dem Feuer um.

Hamburg. Nationalliberale Scharfmacherwünsche. In der Stadt der Pfeffersäcke gibt es einen Hamburger Reichstagswahlverein von 1884, der sich von Zeit zu Zeit weniger durch die Zahl seiner Mitglieder, als vielmehr durch die lärmende Art, wie dieses Häuflein seine scharfmacherischen Ergüsse in die Welt zu setzen pflegt, bemerkbar macht. Unter der Führung eines als Kulturbremser sattsam bekannten Oberlehrers befaßte sich der Vorstand dieses Vereins mit der Frage des Arbeitswilligenschutzes und des Steikpostenverbots. Er überwies eine Resolution an die Reichstagsfraktion der nationalliberalen Partei, in der es u. a. heißt: Der Vorstand des Reichstagswahlvereins von 1884 hält es für dringend erforderlich, daß im Interesse des gewerblichen Friedens und im Interesse der persönlichen Freiheit des Einzelnen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung baldtunlichste Vorschriften erlassen werden, die jedem Arbeiter die Möglichkeit geben, jederzeit unbehelligt und frei seine Arbeitskraft zu verwerten, und die es verhindern, daß das vom Reiche gewährte Koalitionsrecht praktisch zu einem Koalitionszwang ausgebildet wird. Die nationalliberale Reichstagsfraktion möge bei der Reichsregierung den Antrag auf schleunige Herausgabe einer amtlichen Denkschrift stellen, in der Vorschläge über die verschiedenen Möglichkeiten einer gesetzlichen Regelung des Schutzes der Arbeitswilligen zu machen sind. Die nationalliberale Reichstagsfraktion kann für ihre bevorstehende Wiesbadener Zusammenkunft diese Resolution gleich mit als Material benutzen.

Hamburg. Der Vierte. Nun ist auch die hamburgisch-konservative Vereinigung im ersten Hamburger Wahlkreis auf dem Plan erschienen und hat am Sonnabend einen eigenen Kandidaten in der Person des Landrichters Dr. Koch aufgestellt. Die Zahl der Kandidaten beträgt nunmehr vier: Stolten (SD.), Dr. Petersen (FV.), D. Rode (NL.) und Dr. Koch (K.). — Lohnerhöhung für die Senatoren. Von zahlreichen Mitgliedern der alten Fraktion ist folgender Antrag gestellt worden: In Erwägung, daß die durch das Gesetz vom 10. April 1885 festgesetzten Honorare von 25 000 Mk. für jeden der neun rechtsgelehrten Senatoren und von 12 000 Mk. für jeden der übrigen Senatoren, sowie die den beiden jedesmaligen Bürgermeistern zu gewährenden Zulagen von 5000 Mk. und 3000 Mark den heutigen Zeitverhältnissen, der amtlichen und sozialen Stellung der Mitglieder unserer höchsten Regierungsbehörde nicht mehr entsprechen, in Erwägung, daß insbesondere auch die den nicht rechtsgelehrten Senatoren bisher gewährte Entschädigung für die Beschränkung ihrer geschäftlichen Erwerbstätigkeit und die damit in Verbindung stehenden notwendigen Aufwendungen nicht mehr als ausreichender Ersatz anerkannt werden kann, beantragen wir: die Bürgerschaft wolle beschließen und den Senat um seine Mitgenehmigung dazu ersuchen, daß in dem Gesetze vom 10. April 1885, betreffend die Honorare der Mitglieder des Senats, das Honorar der neun rechtsgelehrten Senatoren auf 30 000 Mk., das Honorar der übrigen Senatoren auf 15 000 Mk. für jeden erhöht und die dem jedesmaligen Bürgermeister und dem jedesmaligen zweiten Bürgermeister zu gewährende Zulage auf resp. 10 000 Mk. und 5000 Mk. festgesetzt werde, und zwar ab 1. Oktober 1913. — 5000 Mk. Zulage jährlich lohnt sich wenigstens. Dieselben Leute, die hier eine Erhöhung der bereits sehr ansehnlichen Löhne der Senatsmitglieder für dringend notwendig halten, haben aber noch niemals in der Bürgerschaft verlangt, daß die niedrigen Lohne der Staatsarbeiter aufgebessert werden sollten. Ja Bauer! Das ist auch ganz etwas anderes!

Kiel. Vom Auto getötet. Der städtische Laternenanzünder Heinrich Lauenstein aus der Lüdemannstraße wurde Sonntag morgen in der Bergstraße von einem Mietautomobil überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach den Heilanstalten seinen Verletzungen erlag.

Kappeln. Im Jähzorn totgeschlagen. In der Nacht zum Sonntag hat der Steinhauer Herbert das Dienstmädchen Petersilie vom Gute Schönhagen erschlagen. Der Tat vorangegangen ist eine Zecherei in einer benachbarten Gastwirtschaft, an der verschiedene Personen aus der Schönhagener Gegend teilgenommen haben. Auf dem Nachhausewege kam es unter der Nachwirkung des genossenen Alkohols zu Streitigkeiten. Im Verlaufe des Streites soll das Mädchen den Herbert mit Steinen beworfen haben. Herbert, der als ein jähzorniger Mensch bekannt ist, hat dann dem Mädchen mit einem harten Gegenstand einen schweren Schlag versetzt, der eine große klaffende Wunde am Halse zur Folge hatte. Das Mädchen wurde sofort in seine Wohnung gebracht, starb aber schon während des Transportes. Der Täter hat sich der Polizei selbst gestellt.

Schwerin. Von der Opferwilligkeit der Bundesfürsten. Aus Mecklenburg schreibt man der „Frankf. Ztg.": „Die Frage, in welcher Weise die Bundesfürsten ihre Versprechen einlösen werden, durch Beisteuerung der freiwilligen Wehrbeiträge ein Beispiel vaterländischen Opfersinnes zu geben, harrt immer noch der Beantwortung durch die Tat. Bis dies geschehen ist, wird die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen, soviel auch die „Norddeutsche Allgem. Ztg." und in ihrem Gefolge das offizielle Telegraphenbureau glätten und beruhigen. Die neueste Kundgebung dieser amtlichen Organe schließt damit, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die deutschen Bundesfürsten, sobald der Wehrbeitrag zur Erhebung gelangt, ihre Beiträge so entrichten werden, wie wenn sie den Bestimmungen des Wehrbeitragsgesetzes unterworfen wären. (Sie sind aber ausdrücklich diesen Bestimmungen unterworfen. Red.) Diese Zuversicht wird man vorläufig nicht unbegrenzt teilen dürfen, denn eine Erklärung der mecklenburgisch-schwerinschen Regierung zeigt bereits sehr deutlich das Bestreben, den Schweriner Landesherrn nach Möglichkeit von der Pflicht der Steuerzahlung zu befreien. Der mecklenburgische Verfassungsstreit dreht sich, wie wohl allgemein bekannt ist, in erster Linie um finanzielle Fragen. Die Schweriner Regierung beansprucht für den Großherzog aus dem Domanialkapitalfonds, dessen Barbestand noch zirka 30 Millionen beträgt, eine Dotation von 5 Millionen. Diese Forderung wurde mit der Behauptung begründet, daß von Rechts wegen der ganze Domanialkapitalfonds (etwa 76 Millionen) Vermögen des Großherzogs sei und ihm verbleiben müsse, daß er aber auf den Hauptteil freiwillig verzichte, weil das Land die sonst nötig werdende Steuerlast nicht tragen könne. Es wurde weiter ausgeführt, der Großherzog habe auch bereits Erträgnisse dieses Fonds für Zwecke seiner Haushaltung verbraucht, da die Einnahmen der großherzoglichen Haushaltskasse die notwendigen Ausgaben nicht hätten decken können. Gegen dieses Verfahren wurde von liberaler Seite protestiert, da für die privaten Zwecke des Großherzogs keine Landesmittel verausgabt werden dürften. Der Domanialkapitalfonds sei aber kein Privatvermögen, sonst müsse von ihm auch die Vermögenssteuer bezahlt werden. Dieses Verlangen lehnte die Regierung mit der Begründung ab: dadurch würde das Land (!) dem Staatsbankerott näher gebracht! — Es wird also ein Vermögen konstruiert, das seinem Charakter nach zwischen Kron- und Schatullgut steht, damit es steuertechnisch nicht gefaßt werden kann. Opfern ist gut — wenn andere es tun!

Güstrow. In der Kiesgrube verschüttet. Am Sonnabend vormittag wollte der Fuhrmann Kuhse in der Kiesgrube bei Gutow Kies abfahren. Plötzlich gab eine mächtige Sandwand nach und verschüttete Pferd und Wagen, auf dem der 18jährige Sohn des Fuhrmanns saß. Der junge Kuhse erstickte, noch ehe die Sandmassen weggeräumt werden konnten. Auch das Pferd ist tot.

Buxtehude. Tödlich verbrüht. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der hiesigen Winterschen Lederfabrik. Der 18 Jahre alte Arbeiter Bredehöft aus Ellerbruch fiel in einen mit siedender Gerbbrühe gefüllten Bottich. Trotzdem der Verunglückte sofort herausgezogen werden konnte und im Krankenwagen der hiesigen Sanitätskolonne dem städtischen Krankenhaus zugeführt wurde, ist wenig Hoffnung vorhanden, den Schwerverletzten am Leben zu erhalten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 14. bis 20. September 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

7. September. Kutscher H. W. E. Tödter. 9. Fahrradhändler J. H. Chr. Schulz. 11. Eisenhändler H. H. C. Rosenberg. Maurer P. W. F. Nitschke. 12. Schiffsoffizier J. J. L. Fischer. Tischler C. H. F. Butzlaff. Geschäftsreisender K. H. J. Warncke. 13. Kutscher H. J. J. P. Eulert. 14. Maurer K. Gotzhein. Arbeiter P. Chr. Th. Lemke. 15. Klempner C. P. L. Ruge. Flußschiffer E. H. Hamm. 16. Schiffszimmermann H. C. Münchau. Tischler P. W. F. F. Schäfer. 18. Arbeiter P. W. F. Kootz. Schlachter J. J. Marschner. Schmied A. M. Stübner. Eisenbahn-Assistent H. F. C. Voß. Restaurateur R. H. L. Griesbach.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

9. Lagerarbeiter H. A. Harms. 10. Zuckerwarenfabrikant F. C. O. B. Gaedt. Postsekretär Th. J. Sommer. Techniker A. E. R. Degenhardt. 13. Klempner H. W. Berck. Arbeiter F. H. J. Wulf. Hausdiener A. F. K. Hagemeister. Arbeiter C. J. Grambow. Arbeiter H. K. Th. Bremer. Arbeiter J. A. Kater. Maler H. J. F. Ott. 14. Zimmermann H. B. C. Lemcke. Kontorist K. F. A. E. Ohldag. Uniformschneider M. A. O. Feist. Schlossergeselle H. E. A. F. Bartsch. Kutscher H. F. H. Schnügger. Schlosser W. F. F. Chr. Th. Schildt. Friedhofsgärtner J. F. Berlin. 15. Stationsarbeiter H. J. W. L. Esch. 16. Lokomotivheizer J. H. G. Carsten. Geprüfter Lokomotivheizer G. J. Th. L. Bohnhoff. Zimmermann G. F. H. Lender. Sergeant E. F. Chr. M. Griephan. Arbeiter C. G. J. Rode. 17. Tischlergeselle P. Chr. F. Kalm. Matrose P. W. F. Roggenstroh. Schmied A. W. N. Böttcher. Kaufmann W. K. Lischau. 18. Arbeiter A. H. F. Wigger. Arbeiter J. K. H. Tamm. 19. Arbeiter H. E. J. Hardt.

Angeordnete Aufgebote.

15. September. Pensionierter Lehrer H. H. K. L. Krüger in Mölln und E. J. M. Töbeck geb. Lange. Zimmermann P. K. J. Schapert und E. S. M. Schomaker in Niendorf a. d. Ostsee. Stempler beim Fleischbeschauamt R. C. Jeßen und F. Chr. S. Hinz, beide in Hamburg. Arbeiter F. H. Gasau und J. A. C. Stammer in Dunkelsdorf. Arbeiter A. C. P. Kuhe und G. L. S. Mählmann, beide in Vietz. 16. Bäckermeister P. A. F. Hutzfeldt und H. Chr. Meiners, beide in Zarpen. Schlosser J. H. A. Fischer und M. A. E. Brede in Krummesse in Lauenburg. Hofbesitzer H. G. Pöttger in Vorwerk-Neuhof und H. L. A. K. Hilgendorf in Hamburg. Seemann E. G. Burkhardt und E. A. M. Oehming, beide in Wismar. Gärtnergehilfe E. H. Sachse und F. S. Witt in Neumünster. Straßenbahnfahrer H. K. H. W. Möller und A. M. L. D. Edler in Goldenbow. Schlachtergeselle G. K. P. Sternahl und J. E. Wende in Mölln. Syndikus der Handelskammer Dr. phil. H. W. J. Senhold in Weimar und Chr. M. K. Freiin von Lütgendorff-Leinburg. Bureaugehilfe W. F. Th. Warncke und D. K. K. Schultz in Neustadt i. H. Arbeiter A. H. F. Böttcher und M. M. Steinfeld. Lehrer E. H. M. W. K. Carstens und M. A. J. Chr. Borgstädt. Architekt A. G. Dietz und B. J. A. Hagen. Töpfergeselle R. K. A. Milatz und A. M. M. A. Wienk. Kellner E. F. Chr. Schlichting und M. D. E. Sommerfeld. Packer M. F. W. Schultz und Chr. E. M. Sellmann. Zimmermann P. P. H. Schwerin und A. S. E. Braack. 17. Pferdehändler P. G. J. Ehrich und E. B. J. H. K. Masch. Schlossergeselle E. O. R. Gammelien und J. A. L. Kreutzfeldt. Schuhmachergeselle W. P. O. Guhl und A. W. M. E. Höppner. Geschäftsführer F. W. A. Hamann und S. W. Chr. Hinsch. Maschinist O. H. H. Hampf und A. M. Hintz. Arbeiter H. W. A. Hoepner und E. F. Chr. D. K. L. Dohrmann. Schachtarbeiter F. E. H. Rodenberg und B. A. M. Stetenbuhr. Sergeant und Bataillons-Tambour im Infanterie-Regiment Lübeck, 3. Hans. Nr. 162, O. A. H. Cords und E. A. S. F. Wiechmann in Grevesmühlen. Straßenbahnschaffner F. J. H. Kaven und B. K. A. Radloff in Canzow. Arbeiter W. J. H. Bülow und E. M. F. E. Masch in Neuenkirchen. 18. Bahnarbeiter Chr. M. F. K. J. Zelk und E. H. H. Martens in Glasow. Malergeselle G. W. K. H. Dabbert und H. M. M. Sengespeick. Heizer R. P. Pöthig und E. K. L. M. Fischer. Seemaschinist H. F. K. Boll in Hamburg und A. K. M. Frahm. Tischlergeselle G. K. A. Menz und W. K. J. Doß in Groß-Flotow. Malergeselle H. J. B. Fust und M. D. J. H. Tollgreen. Heizer W. F. K. Koop und L. Chr. A. Vader. Zimmermann E. F. P. Löffler und Ch. A. W. Wulff. Lagerarbeiter R. H. J. J. Ries und F. S. M. Harms. Handlungsgehilfe T. H. O. Wanzenberg und H. H. G. Staude. Arbeiter H. T. W. Wilbrandt und B. J. K. Brede. 19. Schneider A. H. Kramper und B. C. K. Chr. W. Umland in Wandsbek. Bezirksfeldwebel A. H. W. Probst und M. S. A. A. Bode in Bockenem. Eisenbahnarbeiter H. Chr. H. Görtz und A. E. S. E. F. Zamel. Arbeiter G. E. Hellmann und B. E. W. Voß. Kanzlist bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte J. H. W. Köhne und J. F. K. Bieler. 20. Arbeiter H. A. M. Wiggers und S. F. J. D. Fülster geb. Saß. Schlossergeselle A. F. H. Mester in Hamburg und E. L. S. D. Blohm. Arbeiter G. K. M. Henschen und B. J. E. Bodey. Nieter A. K. J. W. Wagner und L. S. F. Möller. Schlossergeselle R. W. O. Ruge und E. K. M. E. Edler. Glasergeselle K. W. F. Peth und A. M. E. L. Zachow. Maschinenbauer K. H. Johannsen und L. F. W. Kaufner. Kaufmann J. M. H. Iversen und K. D. E. Sommer.

Eheschließungen.

15. September: Pastor H. F. W. Schumacher in Eppe (Waldeck) und M. D. A. Rodenberg. Predigtamtskandidat B. W. Pfeil und M. J. L. A. Grebien. Heizer P. F. F. Esemann und A. A. Franke. 16. Praktischer Arzt Dr. med. und Kaiserlich Deutscher Konsul H. A. F. Flockemann in Bloemfontein und D. E. Bohnhoff. Schneider W. A. F. Jünemann in Altona und W. A. L. Jabs in Hamburg. 19. Mineralwasserfabrikant F. P. Th. Hormann und H. K. E. Schult. 20. Glaser K. Dittmann und H. Wlodarczak. Arbeiter H. W. J. Musfeldt in Pansdorf und E. M. Ch. Jürgens. Arbeiter O. J. H. F. Lübbe und P. L. M. J. Hofemann. Meierist H. H. P. Schmidt und R. Sydow. Schlossergeselle Kl. W. Butterbrodt in Hamburg und Ch. M. Jagietzka. Bäcker F. W. Albrecht in Hamburg-Hamm und B. A. W. Grimm. Maschinist F. J. Krüger in Hagenow und F. G. D. Sievers. Schlossergeselle G. G. J. H. K. Lange und A. D. E. Heuer. Arbeiter F. W. Ed. Schacht und E. M. D. Freese.

Sterbefälle.

13. September. Töpfer H. J. H. Dahncke, 64 J. W. F. H. M. F. Waack, 7 J. 14 M. M. geb. Jacobsen, Ehefrau des Privatmannes H. H. F. Harfst, 48 J. K. H. Kobarg, 3 Mt. E. A. J. Malonn, 22 T. 15. W. G. K. Wriedt, 8 Mk. K. A. geb. Schröder, Ehefrau des Landmannes E. H. H. Oldenburg, 31 J. (Pötlitz). 16. B. E. H. Diestelow, 1 Mt. M. E. Griephan, 10 Min. E. F. H. Schwarz, 1 J. 17. M. D. J. Dorendorf, 2 Mt. Zimmermann J. H. A. Wulf, 57 J. C. M. geb. Stamer, Witwe des Arbeiters J. H. Meier, 82 J. 18. G. Roggenstroh, 1 T. M. Tamm, 4 St. Kaufmann L. J. D. Crull, 55 J. A. W. geb. Roelfs, Witwe des Kaufmanns C. W. Helling, 68 J. 19. K. M. Büttner, 7 J. W. H. Kanis, 4 J. Hausdiener H. J. C. Liebschwager, 16 J. A. M. M. Möller, 1 J. Arbeiter L. J. F. W. Albrecht, 77 J. Arbeiter L. P. F. Harasim, 16 J. (Travemünde.) 20. S. M. F. geb. Stender, Witwe des Sattlermeisters H. Rauert, 83 J.

Literarisches.

Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletarierleben. Von M. Andersen-Nexo. Der Verlag Buchhandlung Vorwärts bringt soeben in der Bücherreihe Vorwärts-Bibliothek einen Band des so schnell bekannt gewordenen Dänen Andersen-Nexö. Das Buch umfaßt einige der besten Erzählungen des Autors und zwar: Das Paradies. — Der Lotterieschwede. — Die Mär vom Glück. — Zwei Frauen. — Löhnungstag. — Eine Frauenrevolution. — Die Zugvögel. Über das Werden und die Art der Erzählungen lassen wir den Dichter selbst sprechen, der in einer dem Buch vorangeschickten Autobiographie u. a. folgendes sagt: „Man hat mich oft gefragt, was mir die Feder in die Hand gedrückt und mich zum Dichten getrieben hat. Ja, wer kann sehen, was unter der Erde vorgeht, wo der Baum seine Wurzeln hat? Nur so viel weiß ich, daß die Sonne des Südens mich überwältigte — mich, der immer frierend auf der Schattenseite gesessen hatte, ohne deshalb besonders bitter zu werden — und daß ich sehr litt bei dem Gedanken an alle die, die daheim in Kälte und Finsternis saßen und froren. Ich kannte ja ihr hartes Schicksal nur allzu genau und begann, es in mehreren Erzählungen dichterisch auszugestalten. Aber der Stoff war neu und schwer, vom Leben und von den Menschen wußte ich bedeutend mehr als von der Literatur; und ich mußte mir selber eine Form erkämpfen. Es dauerte daher einige Jahre, bis ich mit diesen Erzählungen in Ordnung kam und mein erstes Buch veröffentlichen konnte („Schatten" 1898). In den folgenden Jahren schrieb ich dann eine ganze Reihe von Büchern, die hauptsächlich das triste Dasein des niederen Volkes behandeln, und bei deren Niederschrift ich unsäglich zu leiden hatte. Aber diese Arbeit mußte getan werden; es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unbarmherzigen Wahrheiten sagt; und wer ist geeigneter dazu als der, der das Elend bis auf den Grund kennen gelernt?" Der vorliegende Band der Vorwärts-Biblothek kostet — wie alle früher erschienenen Bände dieser Serie — gut gebunden 1 Mk. Zu haben ist die Vorwärts-Bibliothek in allen Buchhandlungen.

Briefkasten.

G. K., Rensefeld. Wir danken Ihnen für die Übersendung der Notiz, bitten aber um gefl. Mitteilung, welchem Blatt dieselbe entnommen ist. Sobald wir das wissen, werden wir uns sofort mit Berlin in Verbindung setzen und um Beantwortung resp. Klarstellung der Notiz ersuchen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Unübertroffen wäscht **Ragoda**
Einzig in seiner Art. D.R.G.M. 418136. Ueberall zu haben.
Schneeweisse Wäsche, Ohne Chlor, Unschädlich.

gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neusilb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar Ia. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neusilb. Eßlöffel usw. (222
Schumann & Wille, Wittenberge.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte**
in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Kränze
Buketts u. Girlanden

6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und **Dornestraße 16a, Holstentor.**
Fernsprecher 1113.

Meinen werten Kunden zur Kenntnis, daß die Herren **Janitz** sowie **Fürstenau** nicht mehr in meinem Geschäft tätig sind.

Für 7017
Hausstandslumpen
zahle nach wie vor **6 Pfg. p. kg.** sowie für **Eisen** und **Metalle** die höchsten Tagespreise.
Telephon 2450. Postkarte genügt.
K. Kleinfeld
Waisenhofstraße 25.

7097

Dicke Flomen
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16
vorm. **M. Lahrtz.** (7109

Zwetschen
heute und morgen eintreffend, große süße Frucht
10 Pfund **70** Pfg., 100 Pfd. billiger
Aug. Westphal
Ludwigstraße 69. (7107

Schwartau-Rensefeld.

Frauen-Versammlung
am Mittwoch, d. 24. Septbr.

Da ein Vortrag der Genossin **Schlomer** vorgesehen ist, wird zahlreiche Beteiligung erwünscht.
7117) **Die Vertrauensperson.**

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Hinrich Paternostermaker

Ein dunkles Blatt aus der lübeckischen Geschichte des 14. : Jahrhunderts :

•

Von Th. Schwartz

•

Preis: 60 Pfennig
Gebunden 1 Mk.

•

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung Johannisstraße 46

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer brosch. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber — V. Blüthgen — Helene Böhlau
Otto Ernst — Max Eyth — Gustav Falke
Ric. Huch — Wilh. Jensen — Max Kretzer
Detlev v. Liliencron — Ch. Niese — A. v. Perfall
W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz
Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert
Arthur Zapp u. v. a.

Handliches Format, große deutliche Schrift und holzfreies Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Von den beliebten
Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen
sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso
Baukasten, Plastilinakasten
zum Formen von Figuren u. a. m.
Allen Lesern des „Lübecker Volksboten“ sehr zu empfehlen.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Oeffentliche
Versammlung
heute, Dienstag, dem 23. September
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
Lohn- und Tarifpolitik im Schneidergewerbe.
Referent: Kollege **Heitmann,** Berlin.
7104 **Die Ortsverwaltung.**

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Dienstag: Gross. Tanzkränzchen.
Mittwoch: Tanzkränzchen. (7100

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Versammlung
am Mittwoch, d. 24. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.
7110) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 24. Septbr.
abends 8½ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
7113) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Travemünde.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 25. Septbr.
abends 8 Uhr
bei Herrn Westpfal.
Tages-Ordnung:
1. Wollen wir die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande einführen?
Referent: Kollege **Gräning,** Hamburg
2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
7108) **Der Vorstand.**
NB. Versammlung der Jugendabteilung des Zweigvereins am Mittwoch, dem 24. September, abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Gasthof Genin.
Heute abend:
Tanzkränzchen.
Hierzu ladet freundlichst ein
7112) **H. Martens.**

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 1. Oktober 1913
abends 8 Uhr (7111
im Kolosseum:
1. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 23. September:
7. V. i. Voll-Ab. 2. V. i. Dienst.-A.
Anf. 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr
Fidelio.
Oper von Beethoven.
Große Preise.
Mittwoch, den 24. September:
Außer Abonnement. Mittelpreise
Anfang **8¼** Uhr.
Ein Walzertraum
Operette von Oskar Strauß.
Ende gegen 11 Uhr.
Donnerstag, den 25. September:
8. V. i. V.-A. 2. V. i. Donnerst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Faust
von Goethe.
Mittelpreise. 7105

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 223. Dienstag, den 23. September 1913. 20. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Jena.

C. B. Jena, 20. September.

Sechster Verhandlungstag.

Vors. Bock eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Winnig-Hamburg und Julius Koch-Magdeburg erklären, daß sie für die Resolution Wurms gestimmt hätten, wenn sie nicht durch Parteiarbeit ferngehalten worden wären.

Es folgt Punkt: **Maifeier.**

Berichterstatter Ebert: Die vorjährigen Verhandlungen über die Abführung des Tagelohns waren durchaus nicht erhebend, die Zwischenfälle bei Abstimmung über die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses waren sogar geradezu deprimierend. Viele Genossen haben für die in Chemnitz beschlossene Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur gestimmt, weil sie nachher eine besondere Regelung der Frage für die Partei- und Gewerkschaftsangestellten vornehmen wollten; das war nicht möglich, doch wurden alle diesbezüglichen Anträge dem Parteivorstand überwiesen. Wir schlagen Ihnen nunmehr vor, daß die Partei- und Gewerkschaftsangestellten den Tagelohn vom 1. Mai wieder abführen sollen. Erstrecken wir den Kreis derer, die den Tagesverdienst vom 1. Mai abführen sollen, weiter hinaus, so entstehen sofort die größten Schwierigkeiten. Jede Kontrollmöglichkeit fällt weg, und die Ausschlüsse häufen sich. In einzelnen Bezirken hat man trotz allen Anweisungen den Nürnberger Beschluß nicht durchgeführt. Man wollte vor allem Angestellte in Privatbetrieben, die Bureau- und Handlungsgehilfen nicht ausschließen, wenn sie den Nürnberger Beschluß nicht durchführten. Vielfach stellte sich auch die wirtschaftliche Lage der betroffenen Personen als durchaus ungünstig heraus. In den Genossenschaften und Krankenkassen sah man bedauerlicherweise hier und dort lieber auf die Maifeier verzichten als dem Nürnberger Beschluß nachkommen. Ganz anders liegt es mit den Angestellten der Kampforganisationen, die die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen hatten und den Arbeitern Opfer zumuten. Alle hier in Betracht kommenden Angestellten der Partei- und Gewerkschaften müssen gern und freudig ihren Arbeitsverdienst vom 1. Mai abliefern. Auch die Generalkommission ist damit einverstanden, daß wir diese Maßregel zur Durchführung bringen. Jeden Widerstand gegen den Nürnberger Beschluß in dieser eingeschränkten Form müssen die Organisationen rücksichtslos brechen. Ein Partei- und Gewerkschaftsangestellter, der sich jetzt nach der Durchführung dieses Beschlusses noch der Abführung des Tagesverdienstes weigerte, würde damit einen solchen Mangel an Pflichtgefühl und Opfersinn zeigen, daß er das Vertrauen der Parteigenossen nicht mehr verdiente. (Zustimmung.) Uns erscheint dieser Vorschlag, wenn auch nicht vollkommen, so doch als der beste Ausweg aus einer verzwickten Lage. Von den Einnahmen des Maifeierfonds sind sowieso auch bisher nur 20 % aus der Abführung des Tagesverdienstes geflossen.

Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf dem nächstjährigen Wiener Internationalen Sozialistenkongreß die Arbeitsruhe am 1. Mai erneut zur Debatte stellen soll. Die Arbeitsruhe am 1. Mai muß nach dem einstimmigen Urteil des Parteivorstandes in ihrer gegenwärtigen Form aufrecht erhalten werden. Auch die deutsche Delegation in Wien wird sicherlich diesen Standpunkt teilen. Die Maidemonstration in ihrer jetzigen Form ist hervorragend geeignet, in den Massen Mut und Begeisterung zu wecken. Wir demonstrieren an diesem Tage nicht nur für den Achtstundentag, sondern auch gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg, gegen die Gefährdung des Koalitionsrechts, gegen den Stillstand der Sozialreform und die Verweigerung des gleichen Wahlrechtes in Preußen. Aus alledem muß der Gedanke der Maifeier neue Kraft gewinnen. Eine Abschwächung der Maifeier gerade in der gegenwärtigen Situation würde ein Zurückweichen sein, das die Massen nicht verstehen. (Sehr gut!) Den Treibereien der Rüstungshetzer und Scharfmacher muß sich mit steigender Wucht die Massenaktion des Proletariats entgegensetzen. Wenn wir im nächsten Jahre in Wien mit den Genossen der Internationale zusammentreten, sind es gerade 25 Jahre her, daß die neue Internationale entstanden ist. Auf jener ersten imposanten Tagung der neuen Internationale in Paris 1890 wurde die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Niemand wird gerade auf dieser Jubiläumstagung den Charakter der Maifeier abschwächen wollen. Ich bitte dringend, alle diese Anregungen abzulehnen. (Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort

Fries-Köln: Es liegt ein Antrag vor, daß die Referenten am 1. Mai nur die Barauslagen ersetzt erhalten. Ich sympathisiere stark mit diesem Antrag, aber wir haben an einem Orte die Erfahrung gemacht, daß dann die Referenten streiken. (Große Unruhe. Zurufe: Schöne Parteigenossen!) Hunderte gering bezahlter Arbeiter in der Fabrik müssen große Opfer am 1. Mai und das ganze Jahr hindurch für die Arbeiterbewegung bringen. Da ist eine Mißstimmung vorhanden und wer das leugnet, hat keine Fühlung mit den Massen. Der erste Schritt zur Beseitigung dieser Mißstimmung wäre, wenn sie mit möglichst großer Mehrheit beschließen würden, daß alle Angestellten ihren Tagesverdienst vom 1. Mai abführen müssen. Dann könnten sich diese als die wahrhaften Kulturpioniere der Arbeiterbewegung erweisen. (Beifall.)

Klingler-Berlin: Die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ist von den Arbeitern als Faustschlag gegen die Beamten empfunden worden. Wir verlangen seine Wiederherstellung. Die Genossen in bevorzugter Stellung können für die gemaßregelten Opfer des 1. Mai wohl ein kleines Opfer bringen. Viele Angestellte haben das gern getan. Wo soll der Idealismus bleiben, wenn wir nicht einmal das von allen Angestellten verlangen dürfen?

Fischer-Hannover: Machen wir doch endlich Schluß mit einem Buche, in dem nichts Schönes verzeichnet steht! Die Maifeier gewinnt durch die Abführung des Tagesverdienstes wirklich nichts. Entweder setzen wir uns endlich mit voller Kraft für die Arbeitsruhe ein oder wir verzichten endgültig darauf.

Große-Hamburg: Wir müssen die teilweisen recht erheblichen Aufwendungen für die Gemaßregelten des 1. Mai doch irgendwie decken. Dazu ist es nötig, daß alle Angestellten ihren Tagesverdienst vom 1. Mai abführen. In Hamburg haben wir damit nie Schwierigkeiten gehabt. Der Antrag des Parteivorstandes ist nicht Fleisch noch Fisch. Er macht die Abführung des Tageslohnes nicht so streng zur Pflicht, wie wir das wünschten. Unter solchen Umständen tut es einem beinahe leid, noch für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Wir müssen entweder die Unternehmer zwingen, den 1. Mai in viel weiterem Umfange freizugeben, oder der 1. Mai hat überhaupt keinen Sinn. Vielleicht überlegen die leitenden Parteigenossen doch noch einmal, ob sie nicht in Wien eine andere Form der Maifeier vorschlagen, zumal wir doch in Deutschland die einzigen sind, die in größerem Umfange die Arbeitsruhe durchzuführen suchen.

Ein Schlußantrag von Auer-München findet mit großer Mehrheit Annahme.

In seinem Schlußwort betont Ebert nochmals, daß die Generalkommission mit dem Antrage des Parteivorstandes einverstanden ist. Die Maifeierfonds müssen natürlich noch andere Einnahmequellen haben als bloß die Tagelöhne der Angestellten.

Unter Ablehnung aller Anträge wir der Antrag des Parteivorstandes, daß Partei- und Gewerkschaftsangestellte ihren Tagelohn vom 1. Mai abführen sollen, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt der Bericht der Beschwerdekommission.

Referent Paulick-Dessau berichtet über den Fall Julius Brückner-Göppingen. Brückner hat am 8. März dieses Jahres in zwei Plakaten gegen die Beschlüsse der Parteiorganisation protestiert, anstelle des Genossen Dr. Windemann den Genossen Kinkel als Landtagskandidaten aufzustellen. Diese Plakate enthalten schwere Angriffe auf die Partei und sind geeignet, diese zu schädigen. Auch in den Gemeinderat hat Brückner seine Polemik getragen. Der Landesvorstand hat ihm nur eine strenge Rüge erteilt, das Schiedsgericht ihn aber wegen beharrlicher Parteischädigung ausgeschlossen. Auch die Beschwerdekommission hat beharrliches Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse angenommen und den Ausschluß bestätigt.

Meier-Heidelberg: Die Minderheit der Beschwerdekommission hält eine scharfe Rüge als Strafe für genügend. Kinkel ist doch ein recht unsauberer Patron, der ja schließlich seine Kandidatur nicht hat aufrechterhalten können. Seine Aufstellung, nicht Brückners Protest ist daran schuld, daß der Wahlkreis verloren ging. Brückner hat aus lauteren Motiven gehandelt. Er hat zwar schwer gegen die Parteidisziplin verstoßen, aber nur um einen notorischen Parteischädling zu beseitigen. Unser Urteil darf nicht nach der Schablone fallen, darf nicht unbillig hart sein, sondern sich dem Gefühl und Rechtsbewußtsein im Lande anpassen. Soll der Unanständige in der Partei bleiben und der Anständige hinausgeschmissen werden?

Hildenbrand-Stuttgart: Sie müssen die unerquicklichen Verhältnisse in Württemberg berücksichtigen. Brückner wollte nur das Ansehen und die Würde der Partei vor Schädigung bewahren. Er ist ein seit 30 Jahren tätiger alter Genosse und hat sich nie etwas zu schulden kommen lassen. Brückner hat sich mit seinem Protest zunächst an das Parteiblatt gewandt und ist dort abgewiesen woredn. Das Plakat enthielt auch nichts, was die Gegner nicht schon wußten. Ich bitte Sie, sich dem Urteil des württembergischen Landesvorstands anzuschließen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Wir haben Brückner seinen guten Glauben gern angerechnet aber das beharrliche Zuwiderhandeln und die Parteischädigung sind aber nachgewiesen. Der Ausschluß ist also unvermeidlich. Wenn gegen Kinkel wirklich soviel Material vorliegt, warum beantragt man nicht seinen Ausschluß? Nebenbei ein Verfahren gegen Brückner auch über Kinkel abzuurteilen, ist unmöglich. Gerade wegen der vielen Streitigkeiten in Württemberg müssen wir Brückner ausschließen; denn wenn dort die Parteigenossen gegeneinander auch noch mit Anschlägen an den Plakatsäulen wüten, können wir Schönes erleben. (Sehr wahr!)

Der Parteitag bestätigt mit großer Mehrheit den Ausschluß Brückners.

Den weiteren Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Nyssel-Leipzig: Gegen den Verein Frauenstift in Nürnberg und seinen Vorsitzenden, den altverdienten Genossen Philipp Wiemer, hat Schmucker-Nürnberg eine Beschwerde an die Kreisregierung gerichtet, die schlimme Denunziationen und Angriffe auf die Selbstverwaltung der Freien Hilfskasse enthält. Als das Schiedsgericht ihm mildernde Umstände bewilligte, weil er sich der Tragweite seines Vorgehens nicht bewußt gewesen wäre, hat er das benutzt, um Wiemer aus dem Amte zu drängen. Die Kontrollkommission hat auf Beschwerde der Nürnberger Parteiorganisation einstimmig auf Ausschluß Schmuckers wegen ehrloser Handlungen erkannt.

Nach einigen Bemerkungen von Franz Schmitt-München und Treu-Nürnberg beschließt der Parteitag einstimmig den Ausschluß.

Eine Beschwerde von Julian Borchardt gegen die Besetzung seines Schiedsgerichts, die bereits die Kontrollkommission einstimmig abgewiesen hat, ist auch von der Beschwerdekommission einstimmig zurückgewiesen worden. Der Parteitag tritt dem bei.

Der Konsumvereinsangestellte Schmedocks in Elberfeld-Barmen hat sich beharrlich geweigert, den Maifeierbeitrag abzuliefern. Mit Rücksicht auf seine Bitte um Verzeihung und seine bedrängten Verhältnisse hat das Schiedsgericht ihn nur mit einer ernsten Rüge belegt. Dagegen hat die Organisation mit der Begründung Berufung eingelegt, Schmedocks habe bei Darstellung seiner Not das Schiedsgericht belogen. Der Nachweis dafür ist nicht erbracht worden. Die Beschwerdekommission tritt dem Urteil des Schiedsgerichts bei, ebenso der Parteitag.

Ein ähnlicher Fall betrifft den früheren Genossen Schlackmann in Elberfeld-Barmen. Das Urteil gegen ihn auf Ausschluß ist bereits rechtskräftig geworden. Die Beschwerde-

---

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Seine Stimme? Lieber Freund, da kann man sich gewaltig täuschen! Haben Sie ihn denn gesehen oder auf frischer Tat festgehalten?“

„Nein, denn als ich auf die Straße kam, waren die rohen Burschen schon über alle Berge!“

„Sind es mehrere gewesen?“

„Ja, vier oder fünf!“

„So, so!“ meinte er. „Das läuft ja beinahe auf Landfriedensbruch hinaus! Können Sie denn die Leute nennen?“

„Nein! Aber den Altes habe ich an der Stimme erkannt!“

„Ja, hören Sie mal, Haltmann, auf ein solches trügerisches Indizium hin kann ich doch gegen den gut beleumundeten Sohn eines der reichsten Bürger der Stadt nicht vorgehen.“

„Aber untersuchen sollen Sie die Sache, Herr Bürgermeister.“

Dieser zuckte die Achseln.

„Lieber Gott, was wird dabei herauskommen? In solchen Sachen hilft alles Untersuchen nichts. Und dann! Wer wird denn Ihnen glauben, Haltmann? Ich hab's Ihnen ja immer gesagt: gehen Sie nach Amerika! Wären Sie meinem Rate gefolgt, so hätten Sie sich schon vielen Aerger ersparen können! Wer ist denn übrigens dabei verwundet worden?“

Einen Augenblick stockte Karl Haltmann, ehe er entgegnete:

„Meine Braut!“

Der Bürgermeister sperrte den Mund auf.

„Ihre Braut? Na, hören Sie mal, davon weiß ich ja gar nichts! Seit wann sind Sie denn verlobt?“

„Seit kurzem!“

„Wer ist denn das Mädchen?“

„Sie heißt Marie Sanders, Herr Bürgermeister!“

„Jetzt machen Sie aber gefälligst keine schlechten Witze mit mir! Marie Sanders — das ist doch der Name der Frauensperson, die da in Ihren Akten neulich genannt war! Haltmann, jetzt begreife ich auch die Burschen! Die haben natürlich gemerkt, daß Sie solchen Besuch hatten — das bleibt bei uns keine Minute verschwiegen — na, und da hat eben diese unsittliche Zusammenkunft in Ihrer Wohnung das sittliche Gefühl der jungen Herren empört, denn so etwas ist in diesem ehrbaren Orte ja ganz unerhört! Lieber Haltmann, das müssen Sie doch auch selbst einsehen, daß man in einem solch kleinen Neste wie Bergstadt keine Geschichten machen darf! Na, wissen Sie, da kann man sich seinen Teil schon denken!“

Haltmann stand während dieser Worte wie versteinert. Also das „sittliche Gefühl“ der jungen Herren war empört! Jetzt, als der Bürgermeister schwieg, lachte er grell auf.

„Na, sehen Sie, Haltmann,“ fuhr das Stadtoberhaupt wohlwollend fort, „wenn Sie noch lachen können, dann kann ja alles nicht so schlimm sein! Jetzt will ich Ihnen einen guten Rat geben: Schaffen Sie das Mädel so schnell wie möglich fort! Dann will ich morgen die mutmaßlichen Täter vernehmen—“

„Vernehmen nur?“ fiel Haltmann ein.

„Na, verhaften kann ich sie doch nicht! Was ist denn Großes geschehen? Die Leute haben aus einem sehr erklärlichen Gefühl heraus gehandelt —“

„Gute Nacht, Herr Bürgermeister, gute Nacht!“

Wie von Furien gepeitscht, stürzte Haltmann nach seiner Wohnung.

Leise öffnete Karl Haltmann die Zimmertür und trat ein. Marie lag halb entkleidet, mit Decken zugedeckt, auf dem Bett. Um die Stirn trug sie einen Verband. Neben dem Bette saß Frau Waldmaier, die eine Schale mit Eis neben sich hatte, in der mehrere Kompressen lagen.

„War der Arzt da?“ fragte er leise.

Frau Waldmaier nickte.

„Ja. Er will gegen zehn Uhr noch einmal wiederkommen!“

„Was sagte er?“

Frau Waldmaier warf einen flüchtigen Blick auf die bewußtlose Marie, dann zog sie Haltmann in eine Zimmerecke.

„Ich sollte Ihnen die Wahrheit sagen, hat er mir aufgetragen. Es stände schlimm —“

Schluchzend schlug Haltmann beide Hände vors Gesicht.

„Mein Gott, du prüfst mich zu schwer!“

„Seien Sie nur ruhig, Herr Haltmann! Vielleicht geht doch alles besser, als man denkt!“ sprach die alte Frau mitleidig.

Dann zeigte sie nach den Fenstern.

„Ich habe alles fest mit Tüchern verhängt,“ fuhr sie fort. „Der Glaser kommt erst morgen — heute abend könne er nicht mehr, er müsse zum Karneval!“

„Er müsse zum Karneval!“ wiederholte Haltmann bitter.

Dann trat er leise an das Bett.

Still und regungslos lag Marie, die Augen fest geschlossen, man merkte kaum, daß sie noch atmete.

„Legen Sie nur immer Kompressen auf den Kopf, Herr Haltmann,“ sagte Frau Waldmaier. „So hat es der Doktor angeordnet, und wenn Sie mich brauchen sollten, so rufen Sie nur!“

Damit ging sie zur Tür hinaus.

Haltmann setzte sich neben das Bett. Es war acht Uhr, um zehn Uhr wollte der Arzt wiederkommen — zwei lange, bange Stunden noch bis dahin. Kein Auge verwandte er von der Geliebten; keine leise Bewegung sollte ihm entgehen. Aber sie bewegte sich nicht — eine unheimliche Starre lag über dem ganzen Körper.

Er wechselte die Kompressen, wie es der Arzt angeordnet und Frau Waldmeier ihm geheißen hatte, jedesmal in der stillen Hoffnung, daß sie doch vielleicht die Augen aufschlagen würde. Aber als es nicht geschah, da brach er vor dem Bett in die Knie zusammen, barg sein Haupt in den Kissen der so schwer Verletzten und betete:

„Allmächtiger Gott, der du mich so schwer geprüft hast, nimm mir das Letzte nicht, das mich noch ans Leben fesselt.“

Und als habe dieser unterdrückte Aufschrei tiefster Liebe sie ins Leben zurückgerufen, hörte er zu seiner namenlosen Freude ein leises Flüstern:

„Bist Du da, Geliebter?“

Und er fühlte, wie eine Hand suchend und tastend über die Bettdecke dahinfuhr. Mit beiden Händen erfaßte er wortlos die liebe Hand.

„Bist Du da?“ flüsterte sie so leise, daß er es kaum verstand. „Wo warst Du?“

„Verzeihe, Du Liebe, Gute, verzeihe!“

„Ich mache Dir keinen Vorwurf, Karl, — denn ich weiß ja, Du stehst mitten im Leben; es stellt seine Ansprüche an Dich —“

„O bleibe! Die Stunden sind uns nur kurz zugemessen — morgen muß ich weiterreisen —“

„Sprich nicht von Reisen und von Trennung, Liebling!“

„Doch, doch! Ich weiß es, Karl! Der Wagen wartet schon auf mich! Ungeduldig scharren zwei schwarze Rosse im Sande und wollen anziehen — ich komme — ich komme —“

Und nun lag sie wieder still — totenstill.

Aus gequältem und gemartertem Herzen aber stiegen die Worte über Haltmanns Lippen:

„Großer Gott — wenn das das Leben ist, weshalb behieltest du dein grausames Geschenk nicht?“

Aber er erhielt keine Antwort auf diese Frage. Nur der Nachtwind rauschte leise in den Tüchern, mit denen die Fenster verhangen waren.

Er hob den Kopf empor. Wie von starker Gewalt fühlte er sich emporgezogen. Und da er nun die Augen aufschlug und der Geliebten ins Antlitz sah, begegnete sein Blick dem ihren, der mit vollem Ausdruck auf ihm ruhte.

(Fortsetzung folgt.)

kommission empfiehlt ihm, beim Bezirksvorstand seine Wiederaufnahme nach § 31 des Organisationsstatuts zu beantragen. Julius Linde in Luckenwalde ist vom Schiedsgericht wegen einer Aeußerung für unfähig zur Bekleidnug von Ehrenämtern erklärt worden. Die Beschwerdekommission will es angesichts der unerfreulichen Parteiverhältnisse in Luckenwalde bei einer Rüge bewenden lassen.

Seiler-Luckenwalde und Ewald-Zauch-Belzig verteidigen ihre Wahlkreisorganisationen gegen diese Charakterisierung. Linde sei ein Stänker, den schon der Metallarbeiterverband für nicht wieder aufnahmefähig erklärt habe.

Der Parteitag stellt das Urteil des Schiedsgerichts wieder her.

Thebes-Hohensteinfurt ist wegen Förderung einer Sonderkandidatur von den Ehrenämtern ausgeschlossen und mit einer Rüge belegt worden. — Der Parteitag bestätigt das Urteil.

15 Genossen in 5 verschiedenen Fällen, nämlich 8 Textilarbeiter in Plauen, ein Metallarbeiter in Breslau, ein Metallarbeiter in Grabow, zwei weitere Metallarbeiter in Breslau und drei Maler in Frankfurt a. M., sind wegen Teilnahme an Lokalorganisationen ausgeschlossen worden. Der Parteitag bestätigt diese Entscheidung.

Ein umfangreiches Aktenstück behandelt die Klage des Wahlvereins in Kamen gegen Schmitz-Soest. Festgestellt worden ist vor dem Schiedsgericht von vielen Anklagen nur das eine, daß Genosse Schmitz einen anderen Genossen als „rotnäsigen Kerl" bezeichnet habe. (Heiterkeit.) Das Schiedsgericht hat ihm deswegen eine Rüge ausgesprochen (Heiterkeit), die Beschwerdekommission aber auch diese aufgehoben, weil irgendwelche Beziehung zur Partei nicht vorliege. Redner richtete an die Genossen die Bitte, nicht wegen solcher Lappalien den ganzen Verwaltungskörper der Partei in Bewegung zu setzen. (Lebh. Zustimmung.)

Es soll sodann noch eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Schiedsgerichtssitzungen parteiöffentlich sind oder nicht. Die Beschwerdekommission steht auf dem Standpunkte, daß das nicht der Fall sein kann. Auf Antrag Scheidemann wird diese wichtige Frage dem Vorstand und Ausschuß zur Beratung überwiesen.

Es folgt der Fall Radek. Die Beschwerdekommission hat sich dem Standpunkt des Parteivorstandes nach Anhörung der Genossen Henke-Bremen und Müller (Parteivorstand) angeschlossen und wünscht den Fall Radek für die deutsche Sozialdemokratie durch Annahme folgenden Antrags zu erledigen:

„Personen, die aus einer der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderparteien wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, Mitgliedsrechte nicht erwerben."

Vors. Ebert teilt mit, daß ihm von verschiedenen russischen und polnischen Parteiorganisationen Erklärungen zum Fall Radek zugegangen seien. Da es sich hier aber nur um die Formfrage handele, sei eine Verlesung derselben nicht angebracht. Der Parteitag stimmt dem zu.

Müller-Berlin (Parteivorstand): Man wirft uns vor, daß wir ein Gelegenheitsgesetz mit rückwirkender Kraft schaffen wollten. Aber der Chemnitzer Parteitag hat uns ja den Auftrag gegeben, den Entwurf einer solchen Regelung vorzuschlagen. Bis jetzt liegt dem Falle Radek nur das polnische Urteil erster Instanz vor. Wir haben keine Pflicht und kein Recht, dieses Urteil nachzuprüfen. Sonst könnte schließlich ein polnischer Genosse alle Parteien der Internationale jahrelang in Atem halten. (Sehr wahr!) Wir können nicht Tausende und aber Tausende von Mark verpulvern, um Schiedsgerichtsurteile über polnische Genossen nachzuprüfen. (Sehr richtig!) Wegen eines Arbeiters hätte man nicht so viel Umstände gemacht, wie um Radek. (Stürmischer Beifall und Unruhe.) Radek war in Leipzig 46 Wochen organisiert, in Berlin nur eine einzige Woche. Er hat behauptet, in Berlin an einem Bezirksführer 3 Mk. Mitgliedsbeiträge gezahlt zu haben. Nach gründlicher Untersuchung hat er schließlich selbst zugegeben, er müsse sich mit dieser Behauptung wohl geirrt haben. Das ist Radek in Reinkultur. (Lebh. Zustimmung.) Die „Bremer Bürgerzeitung" hat die Theorie aufgestellt, wir müßten jeden, der sich meldet, ohne Nachprüfung aufnehmen; wenn er Schuft, Spitzel oder Heuchler sei, könnten wir ihn ja nachher ausschließen, das sei der Geist unseres Organisationsstatuts. Nein, wir wollen uns nicht jeden Schuft, Spitzel oder Heuchler auf den Hals kommen lassen, sondern von vornherein einen Riegel vorschieben. (Lebh. Zustimmung.) Das andere ist nicht der Geist des Statuts, sondern nur der Geist von Bremen. (Sehr gut!) Bisher bestand für solche Fälle eine Lücke im Organisationsstatut, und jetzt fordern wir Sie auf, sie im Geiste der Internationale auszufüllen.

Karl Liebknecht, der nur mit großer Unruhe angehört wird, protestiert dagegen, daß Müller auf Umwegen doch auf das Materielle des Falles Radek eingegangen sei. Ihm sei es ganz gleichgültig, ob es sich um einen Arbeiter oder Literaten handle, wenn es eine Frage der Gerechtigkeit und des Rechtsgefühls sei. Der Nachprüfung eines ausländischen Urteils, zum mindesten in bezug auf die Zuständigkeit der Organisation, könne sich niemand entziehen. Der Redner begründet daher folgenden Antrag:

1) Den Antrag des Parteivorstandes dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfange der Ausschluß aus einer dem Internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2) Für den Fall der Ablehnung des Antrages 1 im Antrage des Parteivorstandes einzufügen, daß das Urteil einer ausländischen Parteiorganisation die gedachte Wirkung nur hat, wenn es unter Rechtsgarantien gefällt ist, die denen in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Fritsch-Liegnitz begründet, von Katzenstein-Berlin bekämpft, wird mit 175 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Katzenstein-Berlin: Ich bedaure, daß ein Mitglied des Parteivorstandes im Falle Radek von Gerechtigkeitsmetern spricht. (Sehr gut!) Ein Zentner Gerechtigkeit zuviel ist besser als ein Gramm Gerechtigkeit zu wenig. Kein deutsches Gericht erkennt ausländische Urteile ohne weiteres an, kein bürgerliches Strafrecht hat rückwirkende Kraft. Sollen wir in diesen beiden Beziehungen hinter bürgerlicher Rechtsschaffenheit zurückbleiben. Gleichviel, was Sie sonst entscheiden: Radek ist in Bremen als Parteimitglied aufgenommen worden und kann aus der deutschen Partei nur durch ordentliches Schiedsgerichtsverfahren entfernt werden. Ich bedaure, daß Müller den demagogischen Trick angewendet hat, den Arbeiter gegen den Literaten auszuspielen. Wir haben den Beweis dafür, daß ein einfacher Proletarier genau denselben Schutz gefunden hat, wie wir ihn für Radek verlangen, ich meine den Fall Kasprzak. Kasprzak war von einer polnischen Parteigruppe angeklagt, Lockspitzel des Zarenreiches zu sein, aber die deutsche Partei hat ihn dagegen verteidigt und er hat mit seinem Kampfertod bezeugt, daß wir damit das richtige getroffen haben. Diesen Rechtsschutz sollten wir auch Radek nicht verweigern, weil die Ehre und Würde der deutschen Sozialdemokratie von ihr Gerechtigkeit verlangt. (Lebhafter jetzt einsetzender Beifall.)

Genossin Luxemburg: Nach meiner Ueberzeugung kann der Fall Radek nicht mehr anders erledigt werden, als daß er von den deutschen Parteiinstanzen gründlich erörtert wird. Wir können diese Aufgabe weder auf das Internationale Sozialistische Bureau abschieben, noch uns hinter formale Gründe verstecken. Radek hat jetzt jahrelang die deutsche Partei beschäftigt, darum können wir ihn jetzt nicht einfach durch einen Beschluß mit rückwirkender Kraft erledigen. Der polnische Parteivorstand würde es mit Freuden begrüßen, wenn die deutsche Sozialdemokratie den Fall in vollem Umfange untersucht. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir auf dem Parteitag anzunehmen. (Heiterkeit und Beifall.)

Oscar Cohn-Berlin: Ich will mich mit Müllers demagogischen Tricks nicht weiter beschäftigen. (Vors. Ebert rügt diesen Ausdruck.) Wir wollen nur, daß in der deutschen Partei Recht Recht bleibt, auch gegenüber den ausländischen Genossen. Da eine Lücke im Statut ist, müssen wir sie ausfüllen, aber wir können das unmöglich mit rückwirkender Kraft. Das widerstrebt dem Anstandsgefühl einer großen Partei. Dazu würde sich kein Strafgericht des Klassenstaates bereit finden. Wahrscheinlich möchte der Parteivorstand selbst von seinem Standpunkte loskommen, aber er hat sich festgelegt. In München hat Pfannkuch zum Fall Kasprzak ausdrücklich erklärt, wir müssen uns das Recht vorbehalten, ausländische Urteile nachzuprüfen. Nach diesem Grundsatz müssen Sie auch heute verfahren.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Gottschalk-Königsberg: Die Beschwerdekommission hat überhaupt nicht beschlossen, dem Antrage des Parteivorstandes rückwirkende Kraft auf den Fall Radek zu geben.

Maier-Heidelberg und mehrere andere Mitglieder der Beschwerdekommission stellen fest, daß die Beschwerdekommission mit 8 gegen 1 Stimme der Ansicht war, daß durch Annahme des Vorstandsantrages der Fall Radek für Deutschland erledigt sein soll.

In der Abstimmung, die unter großer Unruhe und nach lebhaften Auseinandersetzungen über die Reihenfolge der Anträge vor sich geht, wird der Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen und ebenso beschlossen, daß er rückwirkende Kraft auf den Fall Radek haben soll. Es werden aber auch beide Teile des Liebknechtschen Antrages und darauf der gesamte Antrag Liebknecht mit 168 gegen 158 Stimmen angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erklärt Roske-Chemnitz, das Braunschweiger Parteiblatt bestreitet, die Wendung gebraucht zu haben, die ich in meiner Rede zum Fraktionsbericht ihm zuschrieb. Das Zitat lautet wörtlich: „Alles, was das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung erreichen kann, ist doch schließlich nur ein Dreck." Mein Urteil über eine solche Schreibweise steht fest.

Es folgt die Beratung des Antrages des Parteivorstandes, die Einigungsbedingungen mit der P. P. S. (Polnischen Sozialistischen Partei) aufzuheben.

Braun (Parteivorstand): Wir haben schon zahlreiche Polendebatten auf unserem Parteitag gehabt. Seit 1906 haben wir die P. P. S. regelmäßig unterstützt und insgesamt über 169 000 Mk. an sie gegeben. Aber die Zwistigkeiten haben nicht aufgehört, und die Bewegung ist nicht vorwärts gegangen. Die polnischen Genossen sind sehr weit in die altpolnische Bewegung hineingeraten und haben dem Parteivorstand und der Generalkommission die ungerechtesten Vorwürfe gemacht. Die bürgerlichen polnischen Parteien können den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den eigenen Worten der P. P. S. führen. Die Doppelorganisation ist nicht länger aufrecht zu erhalten. Die Zersplitterung ist daran schuld, daß wir in den polnischen Landesteilen nicht vorwärts kommen. Wir lehnen nach wie vor jeden Hakatismus auf das entschiedenste ab, aber die polnischen Arbeiter gehören in unsere einheitliche Organisation hinein, genau wie die französischen Arbeiter in Elsaß-Lothringen und die anderssprachigen Arbeiter in anderen Grenzbezirken. (Beifall.)

Katzenstein-Berlin: Die polnischen Arbeiter sind noch ganz besonders ausgebeutet und unterdrückt. Deshalb sollten wir ihnen soweit wie möglich entgegenkommen und ihnen auch besondere Mandate im Reichstag und Landtag einräumen. Die P. P. S. hat gewiß viele schwere Fehler begangen, aber wenn wir zu einer gegenseitigen Bekämpfung kommen, wirkt es noch schlimmer, wird noch mehr Geld zwecklos ausgegeben. Bessere Erfolge als in den polnischen Landesteilen haben wir auch im Saargebiet oder anderen schwer zu bearbeitenden Gegenden nicht. Die P. P. S. hat große Erfolge in Galizien erzielt; sie steht auch im schärfsten Kampf gegen die bürgerlichen Sozialisten. Im Geiste der Internationale sollten wir den Antrag des Vorstandes ablehnen.

Hörsing-Beuthen: Die polnischen Arbeiter wollen gar keine Sonderorganisation. Wer auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kommt zur Sozialdemokratie, und wer es nicht tut, kommt auch nicht zur P. P. S. Die freien Gewerkschaften haben in Oberschlesien 12 000 Mitglieder. Eine solche einheitliche Organisation wollen wir auch, nicht um zu germanisieren, sondern um wirksamer den Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren.

Ledebour-Berlin: Wenn wir jetzt die Gemeinschaft mit der P. P. S. aufheben, werden wir das größte Mißtrauen unter die politischen Proletarier säen. Dann wird unsere Agitation noch weniger vorwärts gehen als bisher.

Der Antrag des Parteivorstandes wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge zur Organisation werden dem Parteivorstand und Parteiausschuß überwiesen. Abgelehnt wird der Antrag auf Wiederaufnahme der Lokalisten in die Partei. Ein Antrag des Parteivorstandes will das Organisationsstatut dahin ändern, daß die Mitgliedsrechte ruhen, sobald von einer Instanz auf Ausschluß erkannt ist.

Heilmann-Chemnitz: Wird dieser Antrag angenommen, dann können zwei Mitglieder des in Sachsen aus drei Personen bestehenden Bezirksvorstandes jedem Genossen die Ausübung eines Mandats oder anderer Ehrenrechte unmöglich machen. Das wäre kein rechtliches Ausschlußverfahren mehr, sondern ein Standrecht.

Müller (Parteivorstand): Die Bezirksvorstände haben sich bisher als durchaus objektiv erwiesen.

Der Antrag des Parteivorstandes wird angenommen.

Die Wahlen zur Parteileitung haben folgendes Resultat ergeben: Abgegeben sind 473 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt: Haase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten: Bartels-Altona 269, Gerisch 466, Ditzmann-Frankfurt a. M. 211, Molkenbuhr 440, Hermann Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Zietz 450 Stimmen. Gewählt sind: Bartels, Gerisch, Molkenbuhr, Hermann Müller, Scheidemann und Luise Zietz.

Als Beisitzer haben erhalten Brühl 232, Wels 245, Wengels 430 Stimmen. Gewählt sind Wels und Wengels.

Bei der Wahl der Kontrollkommission haben erhalten: Bock 373, Bren 193, Brühne 436, Ernst 427, Geck 309, Geyer 247, Helene Grünberg 158, Hengsbach 347, Löbe 191, Sindermann 247, Stubbe 315, Timm 368, Klara Zetkin 288 Stimmen. Zwischen Sindermann und Geyer hat das Los zugunsten Geyer entschieden. Die Kontrollkommission setzt sich also wie folgt zusammen: Bock, Brühne, Ernst, Geck, Geyer, Hengsbach, Stubbe, Timm, Klara Zetkin. Die Kommission hat sich konstituiert und Bock zum ersten, Brühne zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht. Gewählt sind vom Parteivorstand und Kontrollkommission: David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Laufenberg-Hamburg, Löbe-Breslau, Mehring-Berlin, Adolf Müller-München, Heinrich Schulz als Geschäftsführer und Klara Zetkin.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag wird dem Vorstand und Ausschuß überlassen. Der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Thema: Staat und Kirche zu setzen, wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Ein Antrag Grumbach, den nächsten Parteitag vor dem Internationalen Kongreß in Wien stattfinden zu lassen, wir dem Vorstand und Ausschuß überwiesen.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Vors. Ebert dankt den Jenaer Genossen für die freundliche Aufnahme und besonders für die prächtige Aufführung am Sonntag abend, den Kommissionsmitgliedern und den Vertretern der Presse für ihre fleißige Arbeit. Er wirft dann einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages: der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Tätigkeit der Parteileitung und der Reichstagsfraktion ist zugestimmt worden. Beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die weitgehende Berücksichtigung finden werden. Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die uns seit Jahren lebhaft beschäftigte, hat der Parteitag gründlich bearbeitet. Die fleißige Vorarbeit der Referenten ermöglichte eine ersprießliche Behandlung des Themas. Die angenommene Resolution hat die Richtlinien eines scharfen Klassenkampfes festgehalten und den Grundsatz proletarischer Steuerpolitik zum klaren Ausdruck gebracht. Die Entschließung des Parteitages wird bei der Agitation im Lande und bei der Tätigkeit unserer Vertreter in Reich, Bundesstaat und Gemeinde gute Dienste leisten. Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag eine Frage des Lebensinteresses für Hunderttausende von Arbeiterfamilien berührt. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise führt unvermeidlich zu Krisen, und die Wintermonate werden uns zweifellos noch eine Steigerung des Arbeitslosenelends bringen. Darum muß im ganzen Reich unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung zur Durchsetzung der erhobenen Forderungen eingeleitet werden. In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, die den Kapitalisten ungeheure Reichtümer gebracht hat, haben die herrschenden Klassen alle wirksamen Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit verweigert. Darum muß jetzt ein Massensturm organisiert werden, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zu einer ernsthaften Arbeitslosenfürsorge zwingt. (Lebh. Beifall.) Auch die Frage des Massenstreiks ist erneut erörtert worden. Ueber die Art des Kampfes und seiner Propagierung bestehen Meinungsverschiedenheiten, volle Einigkeit aber über das Ziel zu dessen Erreichung, wenn andere Mittel versagen, eventuell der Massenstreik angewendet werden muß. Die Dreiklassenschande in Preußen muß beseitigt werden, koste es, was es wolle. (Lebh. Beifall.) Unser Beschluß ist klar und unzweideutig auch für die, die in kurzsichtiger Verblendung sich der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts widersetzen. Wir alle sagen: entweder das freie Wahlrecht oder der Massenstreik. (Sehr gut!) Unseren Gegnern hat diese Tagung recht bittere Enttäuschung gebracht. Sie setzen ihre Hoffnung nur noch auf die Selbstzerfleischung der Partei und hatten gerade an diesen Parteitag besondere Erwartungen geknüpft. Aber bei aller sachlichen Schärfe ist der Meinungsstreit stets in gutem kameradschaftlichem Geiste geführt worden, und der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit stärker denn jemals zum Ausdruck gekommen. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte kann dem Proletariat auch in Zukunft weitere Erfolge bringen. (Beifall.) Wenn wir uns jetzt anschicken, in die Heimat zurückzukehren, und jeder wieder auf seinen Posten geht, legen wir das aufrichtige Gelöbnis ab, in alter Treue unsere beste Kraft einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung. Dabei wird uns das glänzende Beispiel leiten, das uns unser großer unvergeßlicher Meister Bebel gegeben hat. (Lebh. Beifall.) So vereinigen wir uns in dem alten Schlachtruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der deutschen Arbeitermarseillaise.

Vors. Ebert: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1½ Uhr.

Zur jetzigen Situation im Malergewerbe.

Noch sind die Nachwehen des allgemeinen Kampfes im Malergewerbe, der von Anfang März bis Ende Mai währte, nicht beseitigt. In einer größeren Zahl Lohngebiete sind die örtlichen Verhandlungen noch nicht erledigt und eine Sitzung des Haupttarifamtes, die die Schwierigkeiten jedenfalls erleichtert hätte, wußte der Unternehmerverband zu vereiteln.

Von größter Bedeutung für das Malergewerbe und nicht ohne allgemeines Interesse ist es, daß der Gauverband Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes mit über 10 Millionen Lohnsumme bisher den am 22. Mai von den beiden Zentralorganisationen angenommenen Schiedssprüchen und dem Reichstarifvertrag noch nicht zugestimmt hat. Das ist ein nun schon vier Monate andauernder Tarif- und Disziplinbruch schlimmster Art. Inzwischen hat auch bereits eine Hauptversammlung des Unternehmerverbandes zu dem Fall Stellung genommen und den tarifbrüchigen Gauverband aufgefordert, seinen unhaltbaren Standpunkt zu verlassen. Während dieser Verhandlungen kam es zwischen den führenden Leuten des Unternehmerverbandes zum offenen Konflikt, in dessen Verlauf die Rheinländder die Hauptversammlung unter heftigem Protest und mit der Drohung verließen, auch vor einem Ausschluß aus dem Verbande nicht ängstlich zu sein. Eine besonders nach dem Rheinland zur Beruhigung der höchst unwilligen Geister entsandte Deputation mußte trotz aller Bemühungen unverrichteter Sache wieder abziehen.

Jetzt ist nun offenkundig geworden — was allerdings ein Geheimnis eigentlich schon längst nicht mehr war — daß hinter den rabiat gewordenen rheinländisch-westfälischen Malermeistern die großindustriellen Scharfmacher stehen; vielleicht sind diese sogar die direkten Anstifter der ganzen Differenz. Dem Verband der Maler ist nämlich folgendes geheime Zirkular zugeflogen:

Elberfeld, den 27. 8. 1913.

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk.
Geschäftsstelle: Elberfeld, Blierstr. 44, Fernspr. 4755

Vertraulich!

An unsere Mitglieder!

Der Ausstand im Maler- und Anstreichergewerbe ist beendet. (Vergleiche unser Rundschreiben vom 13. März d. J.) Auf Wunsch des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreichergewerbe bitten wir unsere Mitglieder, etwa für das Frühjahr vorgesehene Arbeiten schon

vorher vornehmen zu lassen, da im Frühjahr mit einer neuen Bewegung gerechnet wird. Ferner bitten wir, die Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind. Auskunft erteilt dessen Geschäftsstelle: Barmen, Unterdörnerstr. 61, Tel. 407.

Hochachtungsvoll

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk.
J. A.: Dr. Lindemann.

Danach wollen die Unternehmer also noch länger im Tarifbruch engros verharren und im kommenden Jahre entweder wieder agressiv vorgehen, nachdem die bis in die jüngsten Tage angewendeten Zwangsmittel nicht vermochten, den Gehilfen einen schlechteren Tarif aufzuzwingen, oder sie erwarten dann von den Gehilfen nichts Gutes.

Schuld an dem unhaltbaren Zustand trägt der Gesamt-Unternehmerverband selbst mit am meisten. Er hat durch seine Hast, mit der er vor vier Jahren einen Reichstarif forderte — in der trügerischen Hoffnung, damit seine Reihen fester schließen zu können — den Bogen zu straff gespannt und eine Reaktion im eigenen Lager erzeugt, die jetzt gegen diese gerade vom Standpunkt der Malermeister falsche Tarifpolitik ankämpft. Das bereitet dem selbst in weiteren Unternehmerkreisen immer so großsprecherisch auftretenden Unternehmerverband des Malergewerbes außerordentliche organisatorische Schwierigkeiten, die einer völligen Krise verteufelt ähnlich sehen. Die organisierten Malermeister sind eben enttäuscht, weil die von dem Reichstarif ihnen früher gemachten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind.

Verschlimmert wird der Zustand mit dem Rheinland noch durch das zwiespältige Auftreten der Leitung des Unternehmerverbandes. Während dessen Vorsitzender immer noch Haftungsbestimmungen gegen die angeblich nicht tariftreuen Gehilfen verlangt, daneben aber den beharrlichen Tarifbruch eines ganzen Gaues des Unternehmerverbandes nach außen hin mißbilligt, um diesen tatsächlich für ihn blamablen Zustand zu beseitigen, erklärte er wiederholt im gleichen Atemzuge, er lasse sich nicht zum Büttel der Gehilfen gegen das tarifbrüchige Rheinland mißbrauchen und lehne es ab, anders als durch gütliches Zureden Wandel anzustreben. Wie sollen dann die abseits tanzenden Scharfmacher die gegen sie eingeleitete Aktion ernst nehmen? So ist denn das Ganze auch ein treffliches Beispiel für die Gewissenhaftigkeit, mit der sich die Bezirksorganisationen der Unternehmer bemühen, ihre tariflichen Pflichten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben zu erfüllen. Und diese Leute verlangen Garantie für die Einhaltung der Tarifverträge durch die Gewerkschaften.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. In Mühlhausen (Thür.) verstarb am Donnerstag der Krankenkassenbeamte Genosse Otto Schäfer im Alter von 40 Jahren. Er ist mit der Bewegung des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza-Weißensee, die er aus kleinen Anfängen auf die jetzige Höhe bringen half, durch jahrelange Tätigkeit auf das engste verwachsen. Elf Jahre hindurch bekleidete er den Posten eines Kreisvorsitzenden, und von 1907 an war er als Reichstagskandidat für den Kreis aufgestellt, bis er in diesem Frühjahr die Kandidatur wegen seiner Erkrankung niederzulegen gezwungen war. Auch als Stadtverordneter wirkte er mehrere Jahre lang. Selbst der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher erkannten diese Tätigkeit in einem Nachruf an, in dem es heißt: „Herr Schäfer war ein eifriger, fleißiger Mitarbeiter in der Stadtverordnetenversammlung; wir bedauern aufrichtig sein frühes Dahinscheiden. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden."

Stadtratsersatzwahl in Braunschweig. In Braunschweig wurde bei einer Ersatzwahl Genosse R. Brenner in das Stadtparlament gewählt.

Die Jagd nach Winnens Broschüre. Das Verlangen der Staatsanwaltschaft nach der Broschüre „Wer will unter die Soldaten?" ist unendlich groß. Nicht nur in den Filialen unseres Lüdenscheider Parteiblattes, in Plettenberg und Iserlohn, sondern auch in den Bureaus des Metallarbeiterverbandes dieser Orte, ja in Plettenberg sogar in der Verkaufsstelle des Konsumvereins wurde nach der Broschüre gehausucht. Das Bemühen war erfolglos.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik im Stettiner Hafen. In nur zu durchsichtiger Absicht wird das Gerücht verbreitet, daß der Hafenbetrieb trotz des Streiks aufrechterhalten werden kann. In Wirklichkeit arbeiteten am Sonnabend am Dunzig 4, am Ostkai 1 und am Westkai 4 Kräne. In den Schuppen arbeiteten zirka 40 Mann. Diese nützlichen Elemente lassen dem Magistrat ein ganz schönes Stück Arbeit liegen. Die Kosten haben die Steuerzahler Stettins aufzubringen. In den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl Sistierungen vorgenommen worden. Sowie sich bekannte Arbeiter sehen lassen, werden sie der Straßen und Plätze in der Nähe des Freihafens und des Dunzigkais verwiesen, oder sie werden gleich festgenommen. Auch Angestellte des Gemeindearbeiterverbandes wurden sistiert. Gegen das Verbot des Streikpostenstehens ist Beschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt. Die Situation ist für die Arbeiter nach wie vor günstig. Rausreißer haben sich so gut wie gar nicht gefunden. Stettiner Arbeiter bedanken sich für solche Dienste und Auswärtige arbeiten für derartig niedrigen Lohn nicht, steht doch Stettin mit seinen Löhnen für die Hafenarbeiter nicht nur von den Großstädten, sondern auch von den kleinen Städten an letzter Stelle. Am Sonnabend wurde bekannt, daß in Hamburg für Stettin Streikbrecher angeworben seien. Am Sonntag sollte ein Trupp von 400 Mann nach Stettin abgehen. Vermittler ist die Streikbrecherfirma Herzberg in Blankenese bei Hamburg. Mit den avisierten 400 wurde es aber nichts. Der Herr Lieferant bekam nicht einmal den zehnten Teil der avisierten Anzahl zusammen. Wie wir erfahren, soll nun am Dienstag ein großer Schub abgehen. Der Magistrat hat jetzt weitere Maßregeln gegen die Streikenden angekündigt. An den Anschlagsäulen prangt seit dem 20. September ein Plakat folgenden Inhalts:

Die Stettiner Arbeiter

werden hiermit aufgefordert, sich bis Montag mittag 12 Uhr zur Arbeit im städtischen Hafen zu melden. Soweit dies nicht in dem erforderlichen Umfange geschieht, werden wir genötigt und in der Lage sein, vom nächsten Tage ab auswärtige Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung der Betriebe heranzuziehen.

Der Magistrat.

Weiter verkündet die städtische Hafenverwaltung:

„Da die im Ausstande befindlichen städtischen Hafenarbeiter ihre früheren Arbeitsstellen nicht mehr betreten dürfen, sind ihre Invalidenkarten auf dem städtischen Arbeitsnachweise, Frauenstraße 31, abgegeben. Daselbst können dieselben gegen Rückgabe der allgemeinen Bedingungen, der Satzungen für den Arbeiterausschuß, des Krankenkassenbuches und etwaiger weiterer besonderer Dienstvorschriften und unter Abgabe einer Empfangsbescheinigung in Empfang genommen werden, soweit die betreffenden Hafenarbeiter in der Lage sind, sich glaubwürdig zu legitimieren.

Die städtische Hafenverwaltung."

Auch dieser Bluff wird seine Wirkung verfehlen. Dies kam in der am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Streikenden zum Ausdruck.

Der Streik erfährt in den nächsten Tagen eine ziemliche Ausdehnung. Die bei der Kaufmannschaft und bei den Spediteuren beschäftigten Arbeiter haben am 20. September beschlossen, vom 22. September ab die Arbeit einzustellen, so daß an diesem Tage zirka 1000 Mann streiken. Durch die Halsstarrigkeit der städtischen Behörden ist diese Ausdehnung des Kampfes heraufbeschworen worden.

Andere Arbeiterkategorien beschließen Sympathiekundgebungen für die Streikenden. So die am Gaswerk Beschäftigten. Auch die Schiffsarbeiter (Kontraktarbeiter) am Freihafen haben in einer Versammlung am Sonntag vormittag eine Entschließung angenommen, die den streikenden städtischen Hafenarbeitern in ihren durchaus gerechten Forderungen volle Sympathie ausspricht. Sie ermahnen den Magistrat, den Arbeitern Entgegenkommen zu zeigen, da sonst ein allgemeiner Streik des Stettiner Hafengebiets schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. Die Versammlung nahm weiter zu der polizeilichen Bewachung im Freihafen Stellung. Gegen die polizeiliche Aufsicht und die polizeilichen Schikanen wurde protestiert. Alle Verantwortung für eine weitere Ausdehnung des Streiks hat jetzt der Magistrat. Er hat es in der Hand, ob zu den am Montag, dem 22. September ds. Js. vorhandenen 1000 Streikenden eventuell noch bald weitere 1000 hinzukommen sollen.

Der Tarifkampf im Karlsruher Metzgergewerbe ist in ein neues Stadium gerückt. Nachdem die beiden Firmen Gebr. Hensel und Stefan Gartner sich zu Unterhandlungen nicht herbeilassen, haben die Ausgesperrten unter Zustimmung der Kommission des Gewerkschaftskartells beschlossen, eine eigene Schlachterei und Wurstmacherei in der Form einer Gesellschaft m. b. H. zu gründen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt und zugleich eine Kommission zur Vornahme der erforderlichen Vorarbeiten gewählt.

Gewerbegerichtswahl in Karlsruhe. Die am 18. September stattgefundenen Wahlen zum Gewerbegericht in Karlsruhe hatten folgendes Ergebnis: Bei der Wahl der Unternehmerbeisitzer wurden 293 Stimmen auf die Vorschlagsliste des Gewerbevereins und 33 Stimmen auf die Vorschlagsliste des Gewerkschaftskartells abgegeben. Gewählt sind 11 Beisitzer auf die Liste des Gewerbevereins und 1 Beisitzer auf die Liste des Gewerkschaftskartells. Bei der Wahl der Arbeiterbeisitzer wurden für die Liste des Gewerkschaftskartells 4658 Stimmen, für die Christlichen 626 Stimmen und für die Liste der „Freiheitlich-fortschrittlichen Arbeiterschaft" (Hirsch-Duncker und Gelbe) 218 Stimmen abgegeben. Die Sitze verteilen sich wie folgt: freie Gewerkschaften 11, Christliche 1, Freiheitlich-Fortschrittliche 0 Sitze. Die Christlichen verlieren einen Sitz an die freien Gewerkschaften.

Eine neue Agitationsmethode der Gelben bei Krupp. In einer der Kanonenwerkstätten verlegt man sich jetzt darauf, die Arbeiter, die sich vom Meister für den Beitritt zum Werkverein breitschlagen lassen, dadurch zu entschädigen, daß sie bei Vergebung von Ueberstunden bevorzugt werden.

Der Direktor soll helfen. Im Betriebe des Essener Bürgerbräu in Borbeck haben frei organisierte Brauer sich erlaubt, nach Schluß der Arbeitszeit jugendliche Arbeiter für die Organisation günstig zu stimmen. Darob groß Gezeter unter den Christlichen. Sie resp. die christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre arrangierten eine Sitzung, zu der sie auch den Direktor einluden und ergingen sich in höchster Entrüstung über die „Frechheit" der „Roten", waren baß erstaunt, wie der Flaschenmeister sich erdreisten konnte, zu sagen, daß er im Umkleideraum nach Schluß der Arbeitszeit nichts zu sagen habe und fabrizierten eine Resolution. In dieser sprachen sie dem Direktor ihre Mißbilligung darüber aus, daß er trotz Zusage nicht erschienen, denunzierten den Flaschenmeister wegen seines neutralen und korrekten Verhaltens und forderten die Direktion auf, unverzüglich „diese Mißstände zu beseitigen", widrigenfalls sie sich veranlaßt sehen würden, „weitere Schritte zu unternehmen". — Und da sage noch einer, daß die Christen keine Courage haben.

Ausländische Arbeiter als Lohndrücker. In einem Beleidigungsprozeß, den die Falzziegelfabrik Ludowici in Fockgrim (Pfalz) gegen den Genossen Steffen als Verantwortlichen unseres Pfälzischen Parteiorgans angestrengt hatte, wurde die traurige Lage ausländischer Arbeiter, die zum Zwecke der Lohndrückerei nach Deutschland importiert werden, in krasser Weise beleuchtet. Die genannte Firma ist eine entschiedene Feindin jeglicher Arbeiterorganisationen, selbst von den christlichen Organisationen will sie nichts wissen. Als mit der christlichen Organisation Differenzen ausbrachen, die wohl auf keinen Fall zu einem Streik geführt hätten, benutzte diese die Firma als Vorwand, um Arbeiter aus Galizien nach der Pfalz zu importieren. In einer Polemik mit der schwarzen Presse wurden nun die Arbeitsverhältnisse bei der Firma von der „Pfälzischen Post" einer scharfen Kritik unterzogen. Die Folge war die eingangs erwähnte Klage bei dem Amtsgericht Kandel. In der Verhandlung wurde u. a. auch ein Werkführer des Betriebes zeugeneidlich vernommen. Dieser sagte aus, daß die galizischen Arbeiter nur eingestellt worden seien, weil die Firma einen Streik befürchtete. Weiter bekundete der Zeuge, daß sich die Firma um die Entlohnung dieser galizischen Lohndrücker überhaupt nicht kümmere. An die „Akkordanten" Strobalsky und Sturm werde pro Mann und Stunde 27½ Pfg. bezahlt. Durch Lohndüten konnte nachgewiesen werden, daß die Galizier tatsächlich pro Tag nur 1,35 Mk. erhalten, während die beiden „Zwischenmeister" für ihre „Mühe" und für eine Kost, über die sich selbst die so genügsamen Galizier beklagten, 1,40 Mk. pro Mann und Tag in die Tasche stecken. Die Firma umgeht mit diesem Vertrag, den sie mit den beiden Arbeitervermittlern abschloß, unzweifelhaft das gesetzliche Verbot des Trucksystems. Im übrigen ist hier wieder eine treffliche Illustration gegeben, wie es bei unseren bis auf die Knochen patriotischen Unternehmern mit dem von ihnen immer so sehr betonten Schutze der nationalen Arbeit in Wirklichkeit aussieht. Nur um den einheimischen, und in diesem Falle sogar gut christlich gesinnten Arbeitern nicht ein paar Pfennige Lohn mehr bezahlen zu müssen, werden ausländische Arbeiter herbeigeholt, die dann den Lohndrücker spielen müssen und der Gnade moderner Sklavenhalter überliefert sind. Das Urteil lautet wegen formaler Beleidigung auf 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tage Haft und Veröffentlichung des Urteils in der „Pfälzischen Post".

Warnung vor Auswanderung nach Argentinien. Aus Buenos-Aires berichtet uns ein Freund der Arbeiterbewegung, daß in Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80 000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unentgeltlich Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitsuchenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes, wo Arbeiter verlangt werden, bezahlen zu können. Das Amt selbst besitzt auch keine Mitel hierzu. Im August fanden Arbeitslosen-Versammlungen statt, die der Bevölkerung und der Regierung den Ernst der Lage vor Augen führten. An eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist vorläufig nicht zu denken. Zu den bereits vorhandenen vielen Arbeitslosen kommen täglich aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien irren bei der zurzeit herrschenden Kälte obdachlos, hungernd und frierend in den Straßen umher. Schiffahrtsgesellschaften machen durch gewissenlose Agenten Reklame für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Ueberfahrtsgelder zu tun. Drüben kümmert sich niemand um die Geprellten. Jede Woche kommen zwei große deutsche Dampfer mit Auswanderern in Buenos-Aires an, mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Handwerkern. Die Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slavischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebote unglaublich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgends. Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisierung der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Zugewanderte müssen außerdem gewärtig sein, ausgewiesen resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden, auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Elend ist zurzeit riesengroß unter den Arbeitslosen. Deshalb Arbeiter, seht Euch vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Soziales.

Ein Erziehungsheim für psychopathische Knaben. Die private Wohltätigkeit hat wieder einen winzig kleinen Schritt in der Kinderfürsorge gemacht. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat in Templin (Provinz Brandenburg) ein Heilerziehungsheim errichtet, das dazu bestimmt ist, psychopathische Knaben aufzunehmen. So anerkennenswert dieser kleine Schritt ist, so unzulänglich muß er sein der gewaltigen Summe des Elends gegenüber, die uns gerade auf diesem Gebiete entgegenstarrt. Für die besitzende Klasse ist es leicht, psychopathische Kinder in privaten Heilanstalten unterzubringen und der Heilung entgegen zu führen. Für die Kinder der Armen besteht keinerlei Einrichtung, obwohl die Zahl der psychopathischen Kinder viel größer ist, als man im allgemeinen annimmt. Wurde doch in der Eröffnungsfeier mitgeteilt, daß unter den den Aerzten der Charité in Berlin aus anderen Gründen vorgeführten Kindern in einem Jahre nicht weniger als 200 psychopathische waren. Die psychopathische Konstitution unterscheidet sich scharf von Schwachsinn oder Irrsinn. Es handelt sich dabei um Kinder, die meist keinerlei Intelligenzdefekte aufweisen, oft sogar vorzüglich begabt sind, aber deren Triebleben krankhaft und einseitig entwickelt ist. Nicht mit Unrecht sagte der Vorsitzende der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Freiherr von Soden, daß aus den Kreisen dieser Anormalen, wenn sie ihrem Schicksal überlassen werden, häufig jene Verbrecher hervorgehen, vor deren Motiven man wie vor Rätseln steht, bis sie durch die seelische Belastung erklärt werden. Die psychopathische Erkrankung dieser Kinder ist heilbar, wenn rechtzeitig die notwendige Behandlung und Pflege einsetzt. Aber, wie gesagt, hier haben bisher die öffentlichen Behörden, Staat und Gemeinden versagt. Diese Kinder gehören so wenig in eine Idiotenanstalt oder in die Schulen für Schwachsinnige, wie sie unter die normalen Kinder gehören. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat durch Sammlung 61 000 Mark aufgebracht und mit diesen Mitteln ein ganz prächtiges kleines Heim hergestellt, das nur den einen Fehler hat, daß es nur zur Aufnahme von 24 Knaben ausreicht. Für Mädchen ist noch gar nicht gesorgt; und die Hilfe, die man 24 unter den Tausenden so belasteter Kinder angedeihen lassen kann, ist leider auch nicht als wirksame Hilfe zu bezeichnen. Es kommt noch dazu, daß die Verpflegung in dem neuen Heim nicht unentgeltlich ist; es muß ein Pflegegeld von 75 Mark monatlich bezahlt werden, was wiederum Arbeitereltern zu leisten nicht imstande sind. So sehr dieser erste Versuch einer Abhilfe auf diesem Gebiete zu begrüßen ist, für die Arbeiterklasse und ihre armen kranken Kinder bleibt er auch schon wegen dieser Höhe des Pflegegeldes ganz ohne Bedeutung. Man hatte zur Einweihungsfeier auch die Berliner sozialdemokratische Kinderschutzkommission eingeladen, die dieser Einladung natürlich auch gefolgt ist. Die Sozialdemokratie hat volle Anerkennung für alles Streben, das der geistigen und körperlichen Pflege unserer Jugend gewidmet ist; aber gerade solchen Unzulänglichkeiten gegenüber muß sie immer wieder und immer wieder mit Nachdruck darauf verweisen, daß es die Pflicht der Gemeinden und des Staates ist, eine durchgreifende Pflege der Kinder zu organisieren und die Schäden zu heilen, die zum weitaus größten Teile von unserer heutigen Wirtschaftsordnung verschuldet werden.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge beschäftigte die Dresdener Stadtverordneten. Unsere Genossen hatten einen Antrag eingebracht, der zur Milderung des durch die Arbeitslosigkeit verursachten Notstandes Unterstützung solcher Personen, die durch Mangel an Arbeitsgelegenheit in Not geraten sind, beschleunigte Vorbereitung städtischer Bauten und die alsbaldige Einführung einer Arbeitslosenversicherung für die Stadt Dresden forderte. Genosse Nitzsche vertrat unter Anführung reichen Materials den Antrag. Eine sofortige Hilfsaktion sei nötig, da die Arbeitslosigkeit jetzt schon sehr groß sei. Er wies auf die hohen Aufwendungen hin, die die Gewerkschaften schon in den letzten Monaten für die Arbeitslosen hätten machen müssen. — Von den Liberalen sprach sich Syndikus März gegen eine Arbeitslosenversicherung aus. Das Problem sei noch zu wenig geklärt. (!) Er mußte aber die große Arbeitslosigkeit zugeben. Der Dresdener Export nach dem Balkan habe ganz besonders unter den Kriegswirren gelitten, ebenso der Absatz nach Oesterreich. Die österreichische Industrie sei härter mitgenommen, als wenn es selbst im Kriege gestanden hätte. Er empfahl, den Antrag der Sozialdemokraten dem sozialen Ausschuß zu überweisen. Das geschah.

Schutz der nationalen Arbeit — eine Phrase! Aus Bauarbeiterkreisen wird unserm Dresdner Parteiorgan geschrieben: Von allen Seiten wird behauptet, daß in diesem Jahre der Geschäftsgang sehr daniederliegt, was ja auch jeder mit Händen greifen kann. Mindestens 300 000 Arbeiter sind in Deutschland arbeitslos, ja, es ist wahrscheinlich nicht zu hoch geschätzt, wenn wir behaupten, daß mit den Arbeitern, die wöchentlich nur einige Tage arbeiten oder einige Stunden pro Tag, in ganz Deutschland eine halbe Million Menschen beiderlei Geschlechts von der Arbeitslosigkeit betroffen wird. Im Winter wird dies natürlich noch viel schlimmer. Was tut nun unsere bürgerliche Gesellschaft, um die Not etwas zu mildern? Nichts, rein gar nichts! Man brüstet sich, durch Inangriffnahme größerer Bauten viele Arbeiter zu beschäftigen. Wie steht es damit? In den nächsten Tagen wird man in Malter bei Dippoldiswalde große patriotische Reden halten, man wird eine Menge Personen anhochen, weil sie angeblich großes für die Nation getan haben. Ein paar Wochen später wird dasselbe in Klingenberg und anderswo geschehen. Allein an diesen beiden Talsperren sind zu Zeiten über 1000 Arbeiter beschäftigt gewesen, aber darunter keine 50 deutsche. Von Klingenberg her werden Wasserleitungen bis nach Dresden herein gelegt. Fragt aber nicht, wieviel deutsche Arbeiter daran beschäftigt sind! Die Entlastungsstraße im Plauenschen Grunde wird gebaut, ebenso wird die Bahn erweitert. Auch hier dürften Deutsche in der Minderheit sein. In Klotzsche sind Brücken gebaut zur Verbreiterung der Eisenbahnlinie. Außer einigen Deutschen sind es Ausländer, die dort beschäftigt wurden. Einige Gemeinden haben Gas- und Wasserleitungen gebaut. Auch hier ist ein großer Teil Ausländer. In Sebnitz ist durch das Daniederlegen der Blumenindustrie die Bautätigkeit ganz schlecht. Von zirka 400 Maurern, die dort und in der Umgebung wohnen, sind kaum 100 beschäftigt. In den Granitsteinbrüchen geht es infolgedessen auch schlecht. Nun wird der Bahnhof erweitert, und mancher Arbeiter glaubte,

nun endlich Beschäftigung zu finden. Als mit dem Mauern begonnen werden sollte, kamen ausländische Maurer und die Sebnitzer konnten zusehen. Schlimmer kann die deutsche Arbeiterschaft wohl kaum noch verhöhnt und gereizt werden! Die Einheimischen wissen nicht, wie sie den Hunger stillen sollen, und man holt Fremde heran, wo sich die Einheimischen mal etwas verdienen könnten. Ein gerütteltes Maß von Schuld tragen hier die Behörden, denn eine deutsche Behörde müßte in ihren Vergebungsbedingungen sich vorbehalten, daß in erster Linie deutsche Arbeiter, und in Zeiten, wie jetzt, daß überhaupt nur Einheimische, zum mindesten nur Deutsche beschäftigt werden. Eine solche Bestimmung kostet nichts, und es würde dann wenigstens etwas getan, um die große Arbeitslosigkeit zu mildern und mit etwas mehr Recht vom „Schutz der nationalen Arbeit" zu reden.

Kommunales.

Postfiskus und Gemeindeverwaltung. Zwischen der Reichspostverwaltung in Görlitz und der dortigen Stadtgemeinde ist ein scharfer Konflikt ausgebrochen, weil sich die Postverwaltung, die einen Neubau aufführen will, weigert, 47 000 Mk. Straßenbaukosten zu zahlen, um städtisches Gelände zu erwerben, daß ihr erst ermöglicht, an eine anbaufähige Straße zu kommen. Die Postverwaltung hat gedroht, wenn die Stadt auf ihrer Forderung beharre, werde sie den Bau zum Schaden des Publikums, das die Post benutzt, einfach liegen lassen. Diese rigorose Haltung der Postverwaltung hat nun die entgegengesetzte Wirkung gehabt: Die Stadtverordnetenversammlung sprach einstimmig ihre schärfste Mißbilligung über dieses Verhalten der Post aus und forderte vom Magistrat, auf dem Rechte der Stadt weiter zu beharren.

Aus der Jugendbewegung.

Patriotische Jugenderziehung. Daß der patriotische Jugendrummel im Interesse des Unternehmertums liegt, wird dokumentiert durch eine Stiftung, die der Kommerzienrat Näther in Zeitz, Inhaber einer großen Kinderwagenfabrik, der Stadt Zeitz vermachte. Er stiftete 150 000 Mark für ein Jugendheim. Magistrat und Stadtverordnetensitzung nahmen die Stiftung an und beschlossen zur Unterhaltung desselben noch jährlich einige 1000 Mark zuzuschießen. In der Diskussion über diese Stiftung im Stadverordnetenkollegium kam scharf zum Ausdruck, daß das Jugendheim der „patriotischen Erziehung" der Jugendlichen dienen soll und die ärgsten Feinde der Arbeiter, Unternehmer, in deren Betrieben miserable Löhne gezahlt werden, und die erbitterte Feinde des Koalitionsrechts sind, legten sich gerade für diese Art der Jugenderziehung mit aller Kraft ins Zeug. Von ihrem Standpunkt aus natürlich mit Recht, denn Arbeiter aus dieser Schule bilden in der Regel die besten Ausbeutungsobjekte. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten lehnten natürlich die Annahme der Stiftung unter solchen Umständen ab.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil gegen den Hauptmann Sanchez. Das Madrider Kriegsgericht, das, wie wir ausführlich berichteten, in diesen Tagen gegen den spanischen Hauptmann Sanchez und dessen Tochter Maria Luisa wegen Blutschande und Raubmordes verhandelte, hat das Urteil, das anfangs geheimgehalten wurde, jetzt nach Bestätigung des obersten Kriegsgerichts veröffentlicht. Sanchez wurde, wie man schon vermutet hatte, zum Tode verurteilt. Seine Tochter erhielt zwanzig Jahre Zuchthaus.

Aus Nah und Fern.

Die Berliner Polizei hat wieder ein polizeistaatliches Musterstückchen geleistet. Der Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse, eine parteigenössische Organisation der Berliner Frauen, beabsichtigte ein Bach-Konzert zu veranstalten und hatte dazu den Professor Irrgang, Organist der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche als Mitwirkenden gewonnen. Das Konzert sollte am letzten Sonntag stattfinden. Am Sonnabend erschien ein Beamter des Berliner Polizeipräsidiums bei dem Professor Irrgang und teilte ihm mit, daß die Veranstalter dieses Konzertes der Sozialdemokratie angehören, und daß auch der Verein, für dessen Mitglieder das Konzert stattfinde, sozialdemokratischen Tendenzen huldige. Es scheine der Polizei daher angebracht, wenn sie dem Professor in Anbetracht seiner Staatsstellung als Lehrer an der Königlichen Hochschule für Musik und im Hinblick auf sein persönliches Verhältnis zum Kaiser, auf dessen Wunsch er zum Organisten der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ernannt worden sei, nahe lege, auf die Mitwirkung an diesem Bach-Konzert zu verzichten. Diesen Wink mit dem Zaunpfahl hat Professor Irrgang natürlich verstanden und den Veranstaltern des Konzerts sofort mitgeteilt, daß er seine Zusage zurücknehme. Dem Berichterstatter einer Berliner Zeitung hat Professor Irrgang noch mitgeteilt, daß er auch ohne die Mahnung des Berliner Polizeipräsidiums seine Zusage zurückgezogen hätte, da er inzwischen von anderer Seite schon erfahren habe, daß es sich um eine sozialdemokratische Veranstaltung drehe. Das Konzert hat natürlich trotzdem stattgefunden. Es fand sich ein Organist, der weniger Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Kaisers und auf die Wünsche des Berliner Polizeipräsidiums zu nehmen braucht. Gleichwohl ist dieser Fall nicht ohne Interesse, denn er eröffnet die schönsten Aussichten, wenn jetzt schon die Berliner Polizei daran geht, dem Künstlerpersonal Vorschriften über seine Betätigung in den verschiedenen Veranstaltungen zu machen.

Aufgehobenes Spielernest. In der vorletzten Nacht wurden von der Kriminalpolizei zwei Spielklubs im Berliner Westen ausgehoben. Das Geld und die Spielapparate wurden beschlagnahmt und die Namen der Anwesenden, unter welchen sich eine Anzahl bekannter Spieler befindet, festgestellt.

Ein Deutscher in russischer Haft. Seit Freitag nachmittag befindet sich der Unteroffizierschüler Schröder von der Potsdamer Unteroffizierschule, der bei seinem Vater, einem Bahnbeamten in Liebken zu Besuch weilte, in Rußland in Haft. Der junge Mann ist auf einer Radtour über die russische Grenze geraten und dort festgenommen worden. Er wurde zunächst nach Garsden und von dort nach Russisch-Krottingen gebracht, von wo aus er nach Telschi, dem Sitz des russischen Landratsamts, transportiert wurde. Der Memeler Landrat als Grenzkommissar hat die Angelegenheit in die Hand genommen, doch ist die Freilassung des Unteroffizierschülers noch nicht erfolgt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Gewerkschaft Dingelstedt in Halberstadt brach in der Nacht zum Sonntag beim Abteufen in dem bereits über 200 Meter tiefen Schacht eine Bühne. Die auf der Bühne stehenden Arbeiter stürzten 80 Meter in die Tiefe. Zwei Arbeiter, Heinrich Gutjahr aus Darmstadt und Karl Kupfer aus Aspenstedt fanden den Tod; mehrere Arbeiter wurden leicht verletzt. — Auf der Zeche Teutoburgia bei Herne sind drei Arbeiter durch Sturz in den Schacht ums Leben gekommen. — Auf dem Dampfer „Berlin", der den Hafen von Neuyork verließ, um nach Neapel zu fahren, platzte ein Dampfkessel, wobei die Maschinisten Herm. Wolff und A. Kleinschmidt durch das siedende Wasser verbrüht wurden. Der Dampfer kehrte zurück und brachte die Verletzten in das Spital, wo sie ihren Verletzungen erlegen sind. Nach einer späteren Meldung wurde auch der Maschinist Bode durch ausströmenden Dampf verletzt.

Opfer der Rennfahrerei. Bei dem Radrennen in Halle a. S. stürzte der Rennfahrer Lange aus Erfurt und schlug, da sich der Riemen seiner Kappe gelöst hatte, mit dem bloßen Kopfe auf den Zementbelag der Bahn auf, so daß er sich die Schädeldecke zertrümmerte. Er liegt in hoffnungslosem Zustande im Halleschen Krankenhause „Bergmannstrost".

Spionage im Manöver. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge wurde auf dem Manövergelände bei Bittburg (Rheinland) ein französischer Journalist und Major des 141. Linienregiments verhaftet, weil er der Spionage verdächtig ist.

Liebesdrama. In Frankfurt a. M. hat der Hausbursche Bastian, der bei einem Bäckermeister in Stellung war, die dort bedienstete Verkäuferin Schaub und dann sich selbst erschossen, weil das Mädchen seine Liebesanträge abgewiesen hatte.

Furchtbare Schreckenstat. Der 58 Jahre alte Bauwächter Posledni in Prag hat seiner Frau, mit der er 32 Jahre verheiratet war, den Hals durchgeschnitten, weil er einen Ehebruch erfahren hatte, den die Frau vor 30 Jahren begangen hatte. Vorher zwang er seine Frau zu einem schriftlichen Geständnis. Die Frau ist tot. Der Mörder wurde verhaftet.

Familiendrama. Der Zeichner Birckel in Paris hat seine Frau durch zwei Revolverschüsse getötet und sich dann selbst entleibt. Die Ursache ist unbekannt.

Bei einer Tagestour auf den Rigi mit ihrem Bruder stürzte am Heuberg in der Nähe des Rigigipfels eine neunzehnjährige Dame aus Schlettstadt aus 60 Meter Höhe ab und war sofort tot. Sie heißt Adeline Schmitt. Der Absturz erfolgte an einer sonst ungefährlichen Stelle infolge nassen Wetters. Die Leiche wurde geborgen und nach Vitznau gebracht.

Bluttat. In Melun feuerte ein Mann mehrere Revolverschüsse auf eine Prozession ab. Der Domherr Caudron wurde, wie aus Paris telegraphiert wird, durch zwei Kugeln schwer, und ein 19jähriges Mädchen leicht verletzt. Der Täter, namens Sixte, der vor mehreren Jahren aus dem Irrenhaus entlassen worden ist, wurde verhaftet.

Autounfall. Bei St. Paul im Departement Pas de Calais fuhr ein mit drei Personen besetztes Automobil, dessen Lenker dem Schlagbaum des Bahndammes ausweichen wollte, auf das Gleis, wurde vom Zug erfaßt und hundert Meter weitgeschleift. Zwei Insassen des Automobils wurden getötet, der dritte in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Die Rache der Frau. Eine sensationelle Wendung hat eine Ehescheidungsklage genommen, die der deutsche Baron Werther gegen seine Gattin, die Tochter des früheren Ministers des Auswärtigen von Brasilien, Rio Branco, angestrengt hat. Nach einem Telegramm des „New York Herald" machte Baronin Werther gegen ihren Gatten eine Reihe aufsehenerregender Enthüllungen. Sie erklärte, daß ihr Gatte aus dem brasilianischen Ministerium des Auswärtigen sich Dokumente von größter Wichtigkeit angeeignet habe und sie mit dem Tode bedroht habe, falls sie den brasilianischen Behörden davon Mitteilung mache. Ferner behauptete sie, daß Baron Werther häufig Unterredungen mit dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Rio de Janeiro gehabt habe, und daß ihr Gatte außerdem zahlreiche Dokumente über die brasilianische Landesverteidigung und die Pläne brasilianischer Festungen an Krupp und andere deutsche Firmen ausgeliefert habe. Es handelt sich um die Ehescheidungsklage des deutschen Barons Gustav Karl Werther, der am 8. April 1876 in Dammig geboren ist und seit 24. Oktober 1901 mit der Tochter Rio Brancos vermählt ist. Baron Werther soll sich augenblicklich in Deutschland befinden.

Mit 106 Jahren obdachlos geworden ist in Paris ein Greis, von dem vor wenigen Monaten, als er seinen 106. Geburtstag beging, in der Presse des gesamten Kontinents die Rede war. Damals nämlich galt es, ihn als Kuriosum hinzustellen, als eine Art Wundertier, denn irgend ein gerissener Reporter hatte herausbekommen, daß dieser Greis noch Napoleon gekannt und Spielgefährte des Königs in Rom gewesen sei, und es ist selbstverständlich, daß am Tage nach dieser Entdeckung die Rue de Poissonniers, in Neuilly-sur-Seine, wo der Alte wohnte, von Reportern, Photographen und Kinomenschen nur so wimmelte. Die französische Presse brachte spaltenlange Artikel. „Matin" und „Journal" wußten alles, aber auch restlos alles: daß der Vater des Alten Gardegrenadier gewesen und mit nach St. Helena gegangen sei, wie Napoleon geniest habe und wie der König von Rom geniest habe, und daß er eine Puppe gehabt habe — man denke nur, eine leibhaftige Puppe! —, und diese Puppe brachte sie dann in einem schönen Rahmen, fein säuberlich abkonterfeit: hier, verehrte Leser, bitte — die Puppe des Königs von Rom . . . — Niemand schrieb eine Zeile und niemand brachte ein Bild, und kein Kinogeier stürmte herbei — die Straße blieb düster und leer, als eines Abends im Herbst ein Hundertjähriger im großen Paris nicht wußte, wo sein Haupt hinzulegen . . .

Zugzusammenstoß bei Neuyork. Auf der Long Islandbahn bei Collegepoint nahe Neuyork stießen gestern zwei elektrische Züge zusammen, wobei vier Passagiere getötet und fünfzig verletzt wurden.

Ein entsetzlicher Selbstmord in Amerika. Auf entsetzliche Art und Weise hat sich ein Steinmetz namens Mack Hurst in Bloomington im Staate Indiania das Leben genommen. Er ist seit längerer Zeit ohne Arbeit und hat die Tat wahrscheinlich in geistiger Umnachtung verübt. Von seiner früheren Arbeitsstätte verschaffte er sich zwei Dynamitpatronen. Eine davon befestigte er auf seiner Brust und die andere an seinem Fuß. So ausgerüstet legte er sich mit seiner Frau und seiner jüngeren Tochter zu Bett und brachte die Patronen zur Explosion. Er und das Mädchen waren auf der Stelle tot. Seine Frau und zwei andere Töchter, die in einem Nebenzimmer schliefen, erlitten schwere Verletzungen. Das Haus selbst wurde vollständig demoliert, und die drei Verwundeten mußten aus den Trümmern ausgegraben werden. Frau Hurst war furchtbar zugerichtet. Ein Arm war ihr vom Körper gerissen und außerdem war sie über und über mit Wunden bedeckt. Auch die beiden Töchter waren schwer verwundet, und man glaubt nicht, daß irgend eine der Frauen am Leben erhalten werden kann.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Koche mit Knorr

Knorr-Suppen sind durch ihre stets gleichbleibende Qualität die Lieblingssuppen der Hausfrauen geworden. Jedes bessere Lebensmittel-Geschäft führt die Knorr-Suppen in der charakteristischen Würfelpackung, nämlich:

Gelbe Würfel 5 Teller 10 ₰ = 40 Sorten
Rote Würfel 5 Teller 15 ₰ = 6 „ pikant.

Ebenso anerkannt sind 7095
Knorr-Hafermehl, Haferflocken.

Junge Frau sucht **Beschäftigung** gleich welcher Art. Angebote unter **A S** an die Exped. dies. Bl. (7098

Logis zu vermieten. (7106 Glockengießerstr. 66, I.

Gesucht z. 1. Januar eine freundliche **Zwei-Zimmer-Wohnung,** innere Stadt bevorzugt. Angebote mit Preis unt. **S S 1** a. d. Exped.

Ein **Freimarken-Album** u. **Freimarken** und zwei **Winter-Hüte** für jung. Mädchen zu verkaufen. Nach 6 Uhr abends. Wakenitzmauer 1, II.

Ein schwarzer **Frack u. Weste,** passend für Kellner, zu verk. Preis 11 Mk. (7116) Krähenstraße 18.

Ein dunkelbr. **Kinderwagen** mit Gummir. u. 4 Bände **Platen:** „Die neue Heilmethode", billig zu verk. 7101) Kortwitzstr. 8, I. rechts, Marli.

Ein kleines, sehr gut erhaltenes **Sofa** und ein ovaler mahagoni **Sofatisch** billig zu verkaufen. 7103) Wahmstraße 34, II.

3flamm. Petroleumkocher fast neu, zu verkaufen. (7099 Ernestinenstraße 12, I. Holstentor.

Rasieren, Frisieren und Haarschneiden, nur schnelle und saubere Bedienung bei **Wilhelm Wigger,** Rebenhofstraße 8. (7102

Faust

Tragödie von F. v. Goethe. (I. Teil).

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, 5. Oktober, sind **Bücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Meierei Schwartau

Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368